Donnerstag, den 22. Juni 1933 — Nr. 144. Jahrgang 115

Soester Kreisblatt

Die nationale Zeitung für alle Volkskreise

Soester Zeitung und Tageblatt, früher licher Publikationskraft der Behörden

Wochenblatt mit allein rechtsverbind- des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2.— G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheck.: Hannover 22 539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Regierungs- und Polizeimaßnahmen im ganzen Reich

Auflösungen und Verbote

Ursache: Aufnahme kommunistischer und sonstiger staatsfeindlichen Elemente

Auflösung des Stahlhelms in der ganzen Rheinprovinz

Der „Westdeutsche Beobachter" meldet am 21. Juni:

Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Rheinprovinz wurde im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten heute früh um 5 Uhr auch in den Regierungsbezirken Aachen, Koblenz, Köln und Trier der Stahlhelm seitens der zuständigen Regierungspräsidenten in seiner jetzigen Führung aufgelöst. Die Geschäftsstellen und Heime des Stahlhelms wurden vorläufig geschlossen, die Vermögenswerte sichergestellt.

Das genannte Blatt berichtet weiter:

Diese nunmehr einheitlich in der ganzen Provinz getroffenen Maßnahmen bezwecken, den Stahlhelm von allen in letzter Zeit eingedrungenen marxistischen und sonstigen staatsfeindlichen Elementen zu säubern und die wertvollen alten Kräfte des Bundes nach ihrer Befreiung von schlechter politischer Führung der eigentlichen Aufgabe des Stahlhelms als eines unpolitischen Wehrverbandes zu erhalten. Zu diesem Zwecke sollen insbesondere **alle nach dem 1. März d. J. neu gegründeten Ortsgruppen und Untergliederungen innerhalb der Rheinprovinz dauernd aufgelöst und die übrigen Gruppen hinsichtlich ihrer Führung und ihres Mitgliederbestandes einer sorgfältigen Säuberung unterzogen werden.**

Zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen werden die Regierungspräsidenten in ihren Bezirken besondere Beauftragte bestimmen.

*

Der Kölner Regierungspräsident hat den **Polizeioberst a. D. Leber** in Köln zum **Kommissar** für die Durchführung der **Neuorganisation des Stahlhelms** im Regierungsbezirk Köln bestimmt.

Als **Kommissar** für den Landesverband **Westmark-Süd** des Stahlhelms ist von den Regierungspräsidenten von Koblenz und Trier einstweilen der Führer des Landesverbandes Westmark-Süd **Generalmajor a. D. Then** bestellt worden.

Verbot der Kampfringe der Deutschnationalen Front

Die amtliche Bekanntmachung in Preußen

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt unterm 21. Juni mit:

Auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit Paragraph 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes hat der preußische Minister des Innern die Kampfringe der Deutschnationalen Front (früher Deutschnationale Kampfstaffeln) einschließlich sämtlicher Formationen, sowie die im Bismarck-Bund zusammengeschlossenen Jugendgruppen im ganzen Gebiet des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten.

Das Verbot ist erfolgt, weil die Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß kommunistische und sonstige staatsfeindliche Elemente in größtem Umfange Aufnahme in den Formationen des Kampfringes gefunden haben. Die Kampfringe bildeten bei dieser Sachlage eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung. Die getroffene Maßnahme war deshalb zur Abwehr der von diesen zersetzenden Organisationen für die öffentliche Sicherheit und den inneren Frieden drohenden Gefahren notwendig.

Die Aktion gegen die deutschnationalen Kampfringe

Zu der Mittwoch vormittag durchgeführten Aktion gegen die deutschnationalen Kampfringe erfahren wir, daß nicht nur im Gebiet Preußens, sondern im ganzen Reichsgebiet die Haussuchungen bei den führenden Mitgliedern der Kampfring-Organisationen durchgeführt worden sind. Die Maßnahmen haben sich als notwendig erwiesen, nachdem festgestellt wurde, daß **stellenweise 60 bis 70 v. H. der Mitglieder sich aus Kommunisten und Marxisten zusammensetzten.** Auch bei einer am vergangenen Sonnabend ausgehobenen sozialistischen Geheimsitzung in Hamburg wurde Material vorgefunden, das auf konterrevolutionäre Elemente innerhalb der Kampfringe hinwies. In den letzten Tagen ist es sogar in Frankfurt an der Oder zu blutigen Zusammenstößen gekommen, ein Beweis dafür, daß, wenn nicht von staatlicher Seite eingegriffen worden wäre, Selbsthilfeaktionen gegen die Kampfringe erfolgt wären.

Das Contibüro berichtet weiter:

> **Die ganze Aktion richte sich in keiner Weise gegen die Deutschnationale Front, sondern lediglich gegen die Kampfringe aus Sicherheitsgründen. Ebensowenig richte sich die Aktion etwa gegen den Stahlhelm, über dessen Zusammenarbeit mit der NSDAP gegenwärtig Erwägungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister Seldte im Gange sind.**

Der Stahlhelm ist nicht etwa in einer Linie mit dem Kampfring zu nennen.

Schon seit einiger Zeit wurden die deutschnationalen Kampfstaffeln, wie sie früher hießen, aufmerksam von der Polizei beobachtet. Dabei wurde in verschiedenen Orten immer wieder festgestellt, daß namentlich Sozialdemokraten offen erklärten, sie müßten in eine nationale Organisation gehen, um dort zersetzend zu wirken, um Einblick zu bekommen in die Polizei- und Parteimaßnahmen. Bei der politischen Polizei waren diese Tatsachen in der Mehrzahl der Fälle bereits auf Grund bestehender Akten bekannt. Besonders erwähnenswert ist ein Vorfall bei der Skagerrak-Feier in Berlin. Damals wurden die deutschnationalen Kampfstaffeln, die in der für sie immerhin erheblichen Zahl von über 200 Teilnehmern aufmarschiert waren, beim Abmarsch durchsucht, wobei festgestellt wurde, daß 140 von ihnen bis zum 5. März aktiv in der kommunistischen bzw. sozialdemokratischen Partei oder in einem der diesen Parteien nahestehenden Verbände tätig waren. Diese Feststellungen sind erst getroffen worden, nachdem die Namen der von der Polizei Zwangsgestellten an Hand der Kartei der politischen Polizei nachgeprüft worden waren. Besonders interessant ist eine mitbeschlagnahmte Liste einer Kampfstaffel, die aus dem 82. Berliner Polizeirevier stammte. Sie enthielt 35 Namen von Mitgliedern des deutschnationalen Kampfringes. Von diesen sind bei 18 belastende Akten bei der Geheimen Staatspolizei vorhanden. Besonders bezeichnend ist es, daß bei den Leuten, die früher im Reichsbanner, bei der KPD usw. organisiert waren, erhebliche Vorstrafen festgestellt wurden, u. a. wegen Betruges, Zuhälterei, Kuppelei usw. Einige der Mitglieder des Kampfringes hatten auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu beklagen, der gegenwärtig noch besteht.

Wie das Contibüro erfährt, ist das **Tragen der grünen Uniform der Kampfringe** und das **Tragen der Abzeichen der Kampfstaffeln** selbstverständlich **verboten** worden.

Deutschnationaler Einspruch beim Ministerpräsidenten Göring

Wie das VDZ.-Büro meldet, hat der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt, **Hannover, für die Deutschnationale Front** beim preußischen Ministerpräsidenten Göring telegraphisch **Einspruch** erhoben gegen die Durchführung von Haussuchungen bei deutschnationalen Reichstagabgeordneten. Inzwischen sind übrigens **die zunächst festgenommenen deutschnationalen führenden Persönlichkeiten aus der Haft entlassen** worden. Insbesondere wurde auch der Reichstagsabgeordnete **Timm wieder freigelassen.** Die deutschnationale Front wird in Verhandlungen ihrer Parteigremien und in Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen versuchen, eine Klärung der Zwischenfälle herbeizuführen. Vor Abschluß dieser Verhandlungen wird von der Deutschnationalen Front jede weitere offizielle Erklärung abgelehnt.

Ein Toter bei der Auflösung des Kampfringes in Frankfurt-Oder

Wie der Regierungspräsident in **Frankfurt an der Oder** mitteilt, ist **bei der Auflösung des Deutschnationalen Kampfringes Widerstand** geleistet worden, und es ist zu Tätlichkeiten gekommen. Der frühere Angehörige der KPD, Arbeiter **Walter Korsing,** der im Februar aus der KPD ausgetreten ist und jetzt zur Deutschnationalen Kampfstaffel gehört, wurde bei den Auseinandersetzungen **erschossen.**

Ueber 100 Kampfstaffelführer und mehrere hundert Kommunisten in Berlin verhaftet

In Berlin sind im Laufe des Mittwochs schon weit über 100 deutschnationale Kampfstaffelführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gesteckt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Feststellungen der Berliner Polizei

Zu dem **Verbot der Kampfringe der Deutschnationalen Front (Kampfstaffeln)** und der **Bismarck-Jugend** erfährt das Conti-Büro noch folgendes:

Das Verbot ist durch das Geheime Staatspolizeiamt in Verbindung mit besonderen Bereitschaften der Schutzpolizei bis zum Abend in ganz Preußen restlos durchgeführt worden. Der preußische Ministerpräsident sah sich um so mehr zu dieser Maßnahme veranlaßt, als die Führung der Kampfstaffeln eine unglaubliche Rücksichtslosigkeit angesichts des ihr in loyaler Weise bekanntgegebenen Materials an den Tag gelegt und eine Abstellung der unerträglichen Zustände nicht in Angriff genommen hat. Aus dem vom Geheimen Staatspolizeiamt beschlagnahmten Material wird in immer stärkerem Maße erhärtet, daß die Kampfstaffeln bis zu 70 Prozent kommunistisch und marxistisch durchsetzt sind. Die Durchsicht der Mitgliederlisten hat ergeben, daß nicht nur die einfachen Mitglieder der marxistischen Organisationen, sondern auch die Funktionäre in die Kampfstaffeln übergetreten und dort ihre staatsfeindliche und zersetzende Tätigkeit vollauf weiter durchgeführt haben. Auch Elemente, die aus der SA. und anderen nationalen Wehrverbänden wegen verdächtiger Gesinnung und anderer Umstände ausgeschlossen wurden, sind in die Kampfstaffeln an führender Stelle aufgenommen worden.

Ein ganz besonderer Typ innerhalb der Kampfstaffeln ist der sogenannte **KS.-Mann Bridau aus Berlin.** Dieser Führer ist 20mal in den letzten 20 Jahren vorbestraft, darunter wegen Diebstahls, zweimal wegen Sittlichkeitsverbrechens, wegen Erregung öffentlichen Aergernisses usw. Ferner sind ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre abgesprochen. Im Bezirk des Polizeireviers 89 sind von 13 KS.-Leuten acht als marxistische kriminelle Verbrecher festgestellt worden. In zahlreichen Kampfstaffeln

Aufruf des Stahlhelmführers Seldte

Der Erste Bundesführer des Stahlhelm und Reichsarbeitsminister **Franz Seldte** hat folgenden **Aufruf** erlassen:

> Die nach dem siegreichen Durchbruch der nationalsozialistischen Revolution nachträglich betriebene Ausbreitung und das Verhalten des Kampfringes junger Deutschnationaler, dessen Vorhandensein und Zweck auch dem Stahlhelm stets unverständlich war, hat heute eine Aktion ausgelöst, deren Notwendigkeit im Sinne der nationalsozialistischen Staatsidee gegen jede Reaktion anerkannt werden muß. Darum befehle ich entsprechend meinen Fehrbelliner Ausführungen gegen jede Reaktion: **Der Stahlhelm steht heute und zukünftig zu Adolf Hitler und in der Front der nationalsozialistischen Revolution.**

Die Eingliederung des Stahlhelm in die NSDAP

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt am 21. Juni mit:

In einer heute stattgefundenen Besprechung zwischen dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Reichsarbeitsminister Seldte, dem Herrn Reichswehrminister und dem Herrn Vizekanzler von Papen wurde folgendes vereinbart:

Zur Sicherung der Schlagkraft der nationalsozialistischen Revolution gliedert sich der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in die nationalsozialistische Bewegung in folgender Weise ein:

a) Der Kernstahlhelm bleibt wie zuvor der Führung des Bundesführers unterstellt.
b) Der Bundesführer verbietet von jetzt ab den Mitgliedern des Kernstahlhelms jede andere Parteizugehörigkeit als die zur NSDAP.
c) Der Führer der NSDAP. Adolf Hitler gibt so die Mitgliedschaft des Stahlhelm zur NSDAP. frei.
d) Der Jungstahlhelm tritt neben SA und SS und wird dem Obersten SA-Führer unterstellt. Der „Scharnhorst" wird in die Hitler-Jugend eingegliedert.
e) Der Jungstahlhelmführer von Morazewicz tritt zum Stab des Obersten SA-Führers.

Berlin, den 21. Juni 1933.

Adolf Hitler — Franz Seldte.

wurden prominente Mitglieder der Berliner Ringvereine festgestellt.

Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß diese ganzen Verbrecher nicht nur den Kampfstaffeln, sondern darüber hinaus auch organisatorisch der Deutschnationalen Front angehörten. Das erschwert die Lage außerordentlich, denn auch die Deutschnationale Front müßte also nach den von zuständiger Stelle gemachten Angaben von diesen Leuten gereinigt werden.

Die Gesamtstärke der Kampfstaffeln betrug in Berlin 3000. Davon sind 2000 bis zum Februar aktiv im marxistischen Lager tätig gewesen. Sie sind nur nach eigener Aussage aus dem Grunde in die Kampffront eingetreten, um ihre staatsfeindlichen Pläne durchzuführen. Die kommunistischen Elemente haben es verstanden, sich bis in die obersten Führerstellen der Kampfstaffeln hineinzumanövrieren. Der Führer der Stabs-Kampfstaffel, Schuster, ist ein ehemals bekannter Rotarmist, er ist früher Führer der Roten Volksmarine gewesen. Ein anderer Führer einer Sonderkampfstaffel, Dietrich, gehörte der Fremdenlegion an, ein Merkmal, das man sehr viel bei Kampfstaffelleuten hat feststellen können.

Weitere Auflösungen und Verbote

Der braunschweigische Minister des Innern hat mit sofortiger Wirkung sämtliche in Braunschweig bestehende Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen des Jungdeutschen Ordens, des Wehrwolfs und des Tannenbergbundes aufgelöst. Die Wiedererrichtung der Gruppen ist verboten.

Wie die Polizeidirektion mitteilt, sind der **Kampfring junger Deutschnationaler** und die **deutschnationalen Kampfstaffeln in Bremen aufgelöst** worden.

Die badische Staatsregierung hat die deutschnationalen Kampfringe, den Bismarckbund, den Jungdeutschen Orden, den Wehrwolf und die **Deutschvölkische Freiheitspartei verboten.**

Auf Veranlassung des Reichsstatthalters sind **die deutschnationalen Frontstaffeln im mecklenburgischen Staatsgebiet für aufgelöst** erklärt worden.

Im Freistaat **Oldenburg** ist eine Auflösung deutschnationaler Kampfstaffeln nicht notwendig gewesen, weil solche nicht bestehen. Als formelle Maßnahme erfolgte jedoch das **Verbot der Bildung** solcher Kampfstaffeln.

Das Anhaltische Staatsministerium hat **die Stahlhelm-Ortsgruppen Raguhn und Jeßnitz** und ihre Organisationen mit sofortiger Wirkung **aufgelöst.**

Die Auflösung der deutschnationalen Kampfstaffeln für den Freistaat Sachsen ist angeordnet worden und in der Durchführung begriffen.

Sonntagsruhe und Ladenschluß

Nur vorläufige Regelung? — Die Forderungen der Fachverbände

Zu den Nachrichten darüber, daß demnächst **Besprechungen** mit den in Frage kommenden **Fachverbänden** über die zukünftige Regelung von **Sonntagsruhe und Ladenschluß** stattfinden, wird dem VDZ.-Büro in Kreisen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels die Auffassung unterbreitet, daß man es für vorteilhaft halte, wenn die endgültige zukünftige Gestaltung dieser wichtigen Angelegenheit aufgebaut werde auf einer Verständigung der neuen berufsständischen Organisationen, in denen paritätisch Arbeitgeber und Arbeitnehmer die notwendige Verständigung erzielen könnten.

Wie das VDZ.-Büro weiter meldet, sind sich in der Frage eines vorzeitigen Schlusses von Kiosken in Großstädten, in der Automatenfrage sowie in der Frage der Unterstellung des Bahnhofshandels unter die sonstigen Bedingungen des Einzelhandels die berufsständischen Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bereits einig. Eine Einigung habe bisher jedoch noch nicht erzielt werden können hinsichtlich der Ueberstunden im Einzelhandel sowie hinsichtlich der Sonntagsruhe.

Seitens der in Frage kommenden Unternehmung wird darauf hingewiesen, daß noch immer besonders in Städten, die von vielen Dörfern umgeben sind, das Bedürfnis vorherrsche, an Sonntagen die Läden geöffnet zu halten, damit die Landbevölkerung, die in der Woche keine Zeit hat, ihre Einkäufe zu machen, dies an den Sonntagen tun könnte.

Der Wunsch der in Frage kommenden Betriebe geht weiter dahin, an Stelle der jetzigen Regelung, daß der Milchhandel Sonntags fünf Stunden geöffnet haben darf, generell zu bestimmen, daß alle Lebensmittelgeschäfte an den Sonntagen zwei Stunden geöffnet haben dürfen. Dabei soll jedoch die Ermächtigung zu derartigen Regelungen gegebenenfalls dem Polizeipräsidenten übertragen werden, die für ihre Bezirke einheitliche Vorschriften im Benehmen mit den berufsständischen paritätischen Vertretungen erlassen könnten.

Drosselt Oesterreich die deutsche Einfuhr?

Das NSDAP.-Verbot — Zusammenhänge zwischen Wien und München?

Getarnte Ruhe

Ein Sonderberichterstatter meldet aus Wien, 21. Juni:

Viel Neues wissen die heutigen Morgenblätter zur Lage nicht zu sagen. Die Unklarheit darüber, was nun weiter geschehen soll, die Unsicherheit gegenüber der nationalen Bewegung ist deutlich zu spüren. Mit einer gewissen Befriedigung wird festgestellt, daß das Betätigungsverbot in Ruhe hingenommen worden ist. Aber niemand gesteht die eigentlich simpelste Erklärung dafür ein, daß nämlich die Parteileitung und erst recht die deutsche NSDAP. dem Treiben der jugendlichen Heißsporne, das sie selbst entschieden verurteilen, absolut fernstehen. Auch die mit großem Aufwand gestern überall vorgenommenen Durchsuchungen haben

kein Belastungsmaterial der nationalsozialistischen Führung

ergeben. Das „Wiener Tagblatt" ist ehrlich genug, zuzugeben, daß die Untersuchung gegen die Festgenommenen keine besonderen Fortschritte gemacht habe, und daß kaum anzunehmen ist, daß sie in der allernächsten Zeit zum vollständigen Abschluß gebracht werden könne. Auch in den Ländern wird jede Verantwortung der Attentate der letzten Tage von den Führern der Nationalsozialisten entschieden abgelehnt.

Einen breiten Raum nehmen in den Zeitungen die Berichte über die

Maßnahmen der Reichsregierung gegen die „Schwarze Front"

Otto Straßers ein. Die „Reichspost" bezeichnet die „Schwarze Front" als das „Jakobinertum" der nationalsozialistischen Bewegung.

Bemerkenswert sind die Ausführungen, die die „Wiener Neuesten Nachrichten" über das

Verbot des Steirischen Heimatschutzes

machen. Danach habe eine Korrespondenz, die es wissen müßte, erklärt, im Ministerrat sei ein Beschluß, auch den Steirischen Heimatschutz zu verbieten, nicht gefaßt worden. Das Blatt wendet sich dann gegen alle Bestrebungen,

die Mandatsausübungen der Nationalsozialisten

via-facti unmöglich zu machen. Ein Verbot der Partei sei nicht ausgesprochen, nur eine Betätigung der Partei und die Bildung von Parteiorganisationen. Maßgebend für den Beschluß sei die Erwägung gewesen, daß man eine Partei nicht verbieten könne, weil sie keine juristische Person sei. Die nationalsozialistischen Mandate könnten daher nicht erlöschen, auch wenn der Partei die Wirkungsmöglichkeit genommen werde. Würde man jetzt auch das Verbot auf die Großdeutsche Partei ausdehnen, so müßte die Oeffentlichkeit zu der Ueberzeugung kommen, daß es sich gar nicht um Bombenattentate, sondern um den Versuch handelt, die nationalsozialistische Opposition politisch und organisatorisch lahmzulegen.

Haussuchungen bei der Bayerischen Volkspartei. — Festnahmen

Die bayerische politische Polizei teilt am 21. Juni mit:

In letzter Zeit haben sich die Verdachtsmomente, daß führende Persönlichkeiten der Bayerischen Volkspartei in Zusammenhang stehen mit den letzten Ereignissen in Oesterreich, insbesondere mit dem vor wenigen Tagen dort erfolgten Verbot der NSDAP, so verdichtet, daß es dringend notwendig erschien, die Verbindung zwischen Bayerischer Volkspartei und den Christlich-Sozialen sowie der Heimatwehr in Oesterreich restlos festzustellen. Die bayerische politische Polizei hat daher heute eine einheitliche Aktion gegen die Funktionäre der BVP. in ganz Bayern eingeleitet und bei ihnen sowie in den wichtigsten Büros der Partei eine Suchung nach belastendem Material vorgenommen. U. a. wurden auch die Räume der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Landtage, des Bayerischen Kuriers und des Wirtschaftsbeirats durchsucht. Das beschlagnahmte Material wird zurzeit noch gesichtet. In Einzelfällen, bei denen Widerstand erfolgte oder Verdunkelungsgefahr besteht, mußte zu Festnahmen geschritten werden.

Die Montagsausgabe der „Frankfurter Zeitung" wurde „wegen Aufreizung gegen die Behörden" beschlagnahmt.

Zwischenfall in einer Sitzung der niederösterreich. Landesregierung

Zu einer Sitzung der Niederösterreichischen Landesregierung war auch der nationalsozialistische Landesrat Leopold erschienen. Der Landeshauptmann Reither erklärte, daß Landesrat Leopold an der Sitzung nicht teilnehmen könne, da die an ihn ergangene Einladung zurückgezogen worden sei. Landesrat Leopold nahm zu dieser Erklärung mit dem Hinweis Stellung, daß er das Recht und die Pflicht habe, an den Sitzungen teilzunehmen. Um weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden, schloß der Landeshauptmann die Sitzung.

Der Niederösterreichische Automobilklub fordert Gleichschaltung mit Deutschland

Die Hauptversammlung des Niederösterreichischen Automobilklubs beschloß einstimmig, die Klubleitung zu beauftragen, von den zuständigen staatlichen Stellen die Gleichschaltung des Oesterreichischen Automobilklubs mit Deutschland zu fordern.

Oesterreich will die Einfuhr aus Deutschland verringern

Aus Wien, 21. Juni, meldet das Wolffbüro:

Die österreichische Regierung beabsichtigt, die Einfuhr aus Deutschland beträchtlich zu verringern.

Innenminister Schumy hat ein Komitee von Fachleuten eingesetzt, das alle Einzelheiten des Handelsverkehrs mit Deutschland studieren soll. Ueber die bisherigen Ergebnisse der Beratungen dieses Komitees weiß „Die Stunde" zu berichten, daß von der Bildung einer Ausgleichskasse Abstand genommen worden sei, daß aber Oesterreich unbedingt auf einer Verringerung des übergroßen Passiv-Saldos seiner Handelsbilanz mit Deutschland bestehen müsse. Oesterreich denke dabei keineswegs an Vergeltungsmaßnahmen, sondern hätte auch bei ungetrübten politischen Beziehungen, vor allem aus Devisenrücksichten, den gegenwärtigen handelspolitischen Zustand gegenüber Deutschland revidieren müssen.

Staatsminister Wagner über ein Hilfswerk für die aus Oesterreich ausgewiesenen deutschen Brüder

Für die aus Oesterreich ausgewiesenen reichsdeutschen Nationalsozialisten fand am Dienstag in der Tonhalle zu München ein **Wohltätigkeitskonzert** statt, dem auch **Staatsminister Wagner** beiwohnte. Nach Begrüßungsworten des Leiters der Veranstaltung ergriff der Minister das Wort und führte u. a. aus: Es klingt eigentlich unglaublich, daß man in deutschen Landen Wohltätigkeitsveranstaltungen durchführen muß, für Deutsche, die wiederum aus einem deutschen Lande ausgewiesen wurden, und man muß sich infolge der Tatsache, daß derartiges überhaupt möglich ist, für das Deutschtum schämen. Es gibt aber in der Geschichte eine ewige Gerechtigkeit, und nur deshalb kann man einen solchen Zustand überhaupt ertragen. Es sei nur erinnert daran, daß es in Bayern noch nicht allzu lange her ist, daß man den Mann ausweisen wollte, der heute Führer unseres Volkes ist. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die gegenwärtigen Vorgänge in Oesterreich eine nur kurze Episode in der deutschen Geschichte darstellen. Wir wollen denjenigen Menschen danken, die noch vor wenigen Monaten unsere Parteigenossen in Oesterreich zu sich aufgenommen haben, wir wollen ihnen danken, daß wir uns nunmehr derer annehmen, die aus Oesterreich ausgewiesen wurden. Die heutige Veranstaltung soll nur der Auftakt sein zu einem großen Hilfswerk. Ein Tag in den kommenden Wochen wird zu einem allgemeinen **Hilfstag für die Ausgewiesenen** erklärt werden, damit die Menschen, die über die Grenze kommen, noch weiterleben können. Alle müssen mit uns dafür sorgen, daß das Deutschtum in der Zukunft vor der Wiederholung einer ähnlichen Schmach bewahrt bleibe.

Keine Auflösung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entbehren die Gerüchte über eine in nächster Zeit angeblich bevorstehende Auflösung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung jeder Grundlage. Ueber die künftige Gestaltung der Arbeitslosenhilfe in sachlicher und organisatorischer Beziehung hat die Reichsregierung noch keinerlei Entschließungen gefaßt.

100 000 Mark der Deutschen Arbeitsfront für die Opfer der Arbeit

Wie der Zeitungsdienst erfährt, hat die Deutsche Arbeitsfront der Hitlerspende für die Opfer der Arbeit 100 000 Mark durch die Arbeiterbank überwiesen.

Die Reform der deutschen Getreidemärkte

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind die Beratungen mit den Sachverständigen über die **Reform der Getreidemärkte** zu einem vorläufigen Ende geführt worden.

Die Vorschläge der Sachverständigen gehen im wesentlichen dahin, daß in Zukunft über die Bestimmungen des Börsengesetzes hinaus **alle Getreidegroßmärkte staatlicher Aufsicht unterstellt** und einer **Genehmigungspflicht unterworfen** werden. Allgemein kam in den Beratungen zum Ausdruck, daß das gegenwärtig an den deutschen Getreidebörsen übliche Verfahren der Preisfeststellung und Preisberichterstattung ungenügend ist, vor allem wurde eine Verbesserung der zur Feststellung der Preise dienenden Unterlagen als notwendig bezeichnet.

Die weiteren Besprechungen mit den Sachverständigen aus den übrigen Sachgebieten, die für die eingeleitete Reform des landwirtschaftlichen Marktwesens von Bedeutung sind, werden mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Durchführungsbestimmungen zur Minderung der Arbeitslosigkeit

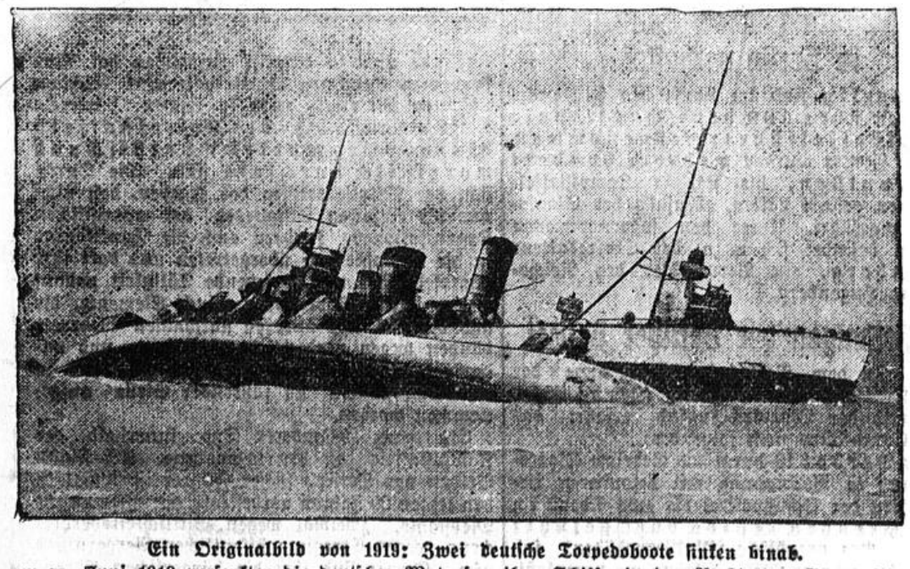
Wie der „Völkische Beobachter" erfährt, ist die Arbeit an den **Durchführungsbestimmungen zum Gesetz zur Minderung der Arbeitslosigkeit** im Reichsfinanzministerium soweit fortgeschritten, daß mit der Veröffentlichung dieser Bestimmungen in den nächsten Tagen gerechnet werden kann.

Es wird darin eine Reihe von wichtigen Einzelfragen geregelt werden. So wird z. B. bei der Bestimmung des Kreises derjenigen Volksgenossen, die ein **Ehestandsdarlehen** erhalten können, **Vorsorge** getroffen werden, daß **diese Vergünstigung nicht etwa asozialen Elementen zugute** kommt und anderes mehr.

Dramatischer Auftritt im Prozeß um Rosemarie Boddin

Im Prozeß gegen Frau **Martha Boddin** wegen der **Mordversuche gegen die kleine Rosemarie** kam es zu einem dramatischen Zwischenfall. **Als Zeugin** rief der Vorsitzende eine **Frau Wentzel** aus Marienburg auf. Diese Frau ist **die Mutter der Angeklagten. Sie sieht ihre Tochter,** die sie gleich nach der Geburt weggegeben hatte, **zum ersten Male wieder.** Auch Martha Boddin hat ihre Mutter niemals vorher kennen gelernt. Die dramatische Spannung dieser Begegnung wirkte auf **die alte Frau Wentzel** so stark ein, daß sie am Zeugentisch einen **Ohnmachtsanfall** erlitt, während gleichzeitig Frau **Martha Boddin in Schreikrämpfe** ausbrach und durch den Justizwachtmeister aus dem Gerichtssaal ins Gefängnis zurückgeführt werden mußte.

Vor 14 Jahren versank die deutsche Flotte bei Scapa Flow



Ein Originalbild von 1919: Zwei deutsche Torpedoboote sinken hinab.

Am 21. Juni 1919 versenkten die deutschen Matrosen ihre Schiffe in der Bucht von Scapa Flow, wohin die deutsche Flotte nach dem Waffenstillstand auf Forderung der Engländer gebracht werden mußte. 5 Schlachtkreuzer, 10 Linienschiffe, 9 kleine Kreuzer und 46 Torpedoboote gingen unter; sie wurden jedoch später nach mühseliger Bergungsarbeit von den Engländern zum größten Teil wieder ans Tageslicht geschafft. Die stolzen Schiffe, die bei dem Seesieg am Skagerrak mitkämpften, fanden dann in Verschrottungsanstalten ein trauriges Ende.

Nr. 144 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Donnerstag, den 22. Juni 1933



Ablauf

des Tages der Jugend der Sonnenwendfeier, in Soest und der Börde.

Samstag, morgens 8 Uhr: Beginn der Wettkämpfe der schulpflichtigen Jugend auf den Sportplätzen der Stadt Soest:
75 oder 100-m-Lauf,
Weitsprung,
Ballweitwurf.
11 Uhr: Antreten der Wettkämpfer auf dem Kaiser-Friedrich-Platz, Front Ruthemeier.
11,15 Uhr: Weihestunde.
2,30 Uhr: Antreten der schulentlassenen Jugend auf dem Kaiser-Friedrich-Platz zum Wettkampf:
75 oder 100-m-Lauf,
Weitsprung,
Ballweitwurf.

Samstag, 9,00 Uhr: Eintreffen der schulpflichtigen und schulentlassenen Jugend auf der Reitbahn vor dem Ulrichertor: Sonnenwendfeier; Lieder; Sprechchöre; Feuersprüche; Weiherede.

Sonntag, den 25. Juni 1933, 7,45 Uhr: Jugendgottesdienst der Katholiken, 8 Uhr Petrikirche: Jugendgottesdienst der Evangelischen.

Sonntag nachmittag: Wanderungen der verschiedenen Gruppen, Vereine und dergl.

Den Landschulen der Börde wird der Zusammenschluß wie in früheren Jahren empfohlen. Auch sie unternehmen einen Dreikampf wie oben. Den Vereinen und Schulen wird anheimgegeben, abends 8,30 Uhr gemeinsam ein Feuer abzubrennen und eine Sonnenwendfeierstunde abzuhalten. Auch sie werden am Sonntag nachmittag eine Wanderung unternehmen.

Die Siegerverkündigung findet unmittelbar nach den Wettkämpfen statt. Jedoch erfolgt die Verteilung der Ehrenurkunden und der Kränze in der folgenden Woche. Es ist beabsichtigt, nur den ersten Siegern Kränze zu verleihen, dagegen bekommen alle Sieger heftbare Urkunden, die nach künstlerischem Entwurf angefertigt werden. Den Schulen und Vereinen geht nach Fertigstellung derselben die angeforderte Zahl zu. Auch die Wettkampfbedingungen werden am Donnerstag den Schulen und Vereinen zugesandt.

Kreisjugendpfleger: Baucks.

Die Milchpreise

Vom Milchwirtschaftsverband Soest wird uns geschrieben: Mit Wirkung vom 19. Juni 1933 ist vom zuständigen Preiskommissar eine neue „Verordnung über die Regelung der Milchpreise und Handelsspannen" erlassen, welche die Einstands- und Verkaufspreise für das Verbandsgebiet des Rheinisch-Westfälischen Milchwirtschaftsverbandes regelt.

Der Ortsverband des Kreises Soest hat diese Regelung ab 20. Juni für verbindlich erklärt. Der Kleinverkaufspreis soll für das hiesige Ortsverbandsgebiet keine Aenderung erfahren, d. h., daß der Kleinverkaufspreis für 1 Liter lose Vollmilch weiter mit 20 Pfg. frei Haus, 19 Pfg. ab Hof des Erzeuger bestehen bleibt. Der Aufschlag für „Flaschenmilch" beträgt 4 Pfg.

Für Buttermilch wurde ein Preis von 10 Pfg. je Liter frei Haus festgesetzt.

Für Großbezieher sind laut Preisverordnung folgende Preise für Vollmilch vorgeschrieben: Bei Abnahme von
5—10 Liter = 10 Pfg.
20—80 Liter = 18 Pfg.
über 80 Liter = 17 Pfg.
frei Haus als Höchst- und Mindestmaß.

Diese Preise sind bindend für alle Milchhändler, Landwirte und Molkereien. Verstöße hiergegen werden von den Behörden und vom Ortsverband mit allen Strafmitteln, die das Gesetz oder die Satzung bieten, geahndet werden.

Sänger-Arbeitsgemeinschaft

Die in unserer Stadt dem Deutschen Sängerbunde angeschlossenen M.-G.-V. „Liedertafel", „Konkordia", „Frohsinn", „Männerchor des ev. Volksvereins" und „Sängertreu" haben sich zu einer in sich fest gefügten Sängerschaft zusammengeschlossen. Die Vorstände der gut. Vereine haben in der am 9. ds. Mts. stattgefundenen Versammlung, die getragen war vom Geist der nationalen Erhebung, einmütig diesen Beschluß gefaßt. Im Sinne unseres großen Führers Adolf Hitler will die Sänger-Gemeinschaft mithelfen am Aufbau unseres Vaterlandes durch die Pflege des deutschen Liedes, als eines der wertvollsten und unvergänglichsten Kulturgüter des deutschen Volkes. Die neu geschlossene Sänger-Gemeinschaft umfaßt ca. 140 Sänger. Das Amt eines ständigen Chorleiters wurde dem Konrektor Högger angetragen.

Am kommenden Sonntag, den 25. Juni, ist „Deutscher Liedertag". Da soll in allen deutschen Gauen das deutsche Lied erklingen. Unsere Soester Sänger-Gemeinschaft wird an diesem Tage morgens von 8—9 Uhr auf dem Marktplatze eine Weihestunde für das deutsche Lied veranstalten.

Nachstehend genannte Chöre sollen gesungen werden:
1. Sanctus v. Schubert
2. Schottischer Bardenchor v. Silcher
3. Frisch gesungen v. Silcher
4. Das Ringelein v. Nagel
5. Das deutsche Lied v. Kaliwoda
6. Deutschland, dir mein Vaterland v. Heinrichs.

Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstaltung unter den Rathausbögen statt.

Ausstellung des alten Freistuhls in Dinker.

Wie bereits in mehreren Artikeln mitgeteilt, wurde in einer geschmackvollen kleinen Anlage bei Dinker auf Veranlassung des Vereins Heimatpflege Soest der alte Freistuhl des Freigerichts Dinker durch das Kulturamt Soest wieder aufgestellt. Der Freistuhl, der, wie wir in einem größeren Artikel der gestrigen Ausgabe schon berichteten, für das mittelalterliche Gerichtswesen unserer Heimat große Bedeutung hatte, erhielt gestern seine Weihe. Der Verein Heimatpflege hatte dazu seine Mitglieder und die des Vereins Hamm und Werl wie auch alle Freunde der Heimat eingeladen. Es waren 200 Personen, die gestern nachmittag zum Weiheakt, über den wir noch ausführlich berichten werden, erschienen waren. Der Soester Verein nahm vor dem Festakt eine Besichtigung der evangelischen und katholischen Kirche in Welver vor. An der Einweihungsfeier nahmen u. a. Ehrengästen Herr Landrat Freiherr von Werthern-Michels, Herr Bürgermeister Kleim, Herr Museumsdirektor Dr. Benfer-Hamm und geistliche Herren beider Konfessionen teil. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Vereins Heimatpflege, Pastor Clarenbach, sprach Regierungs-Oberlandmesser Schoppmann über die historische Bedeutung des Stuhles in früherer Zeit und seine Wiederaufrichtung in jüngster Zeit. Nach der Einweihungsfeier begaben sich die Teilnehmer zum Gasthof Wipker in Dinker, um einige gesellige Stunden zu verleben. Es sprachen hier noch Herr Senator Dr. Schwartz-Soest und Herr Museumsdirektor Dr. Benfer, Hamm. Den Schluß des wunderschönen Nachmittags mit seinem heimatlichen Erlebnis bildete die Besichtigung der Kirche und des Pfarrgartens in Dinker. Ausführlicher Bericht folgt morgen.

(!) **Silberne Hochzeit.** Am heutigen Tage können die Eheleute Friedhofsgärtner Anton Steinhoff das Fest der Silberhochzeit feiern. Herr Steinhoff ist in diesem Jahre auch 32 Jahre auf dem Osthofenfriedhof tätig und versieht 25 Jahre das Amt des Totengräbers. Zum silbernen Jubiläum unsern herzlichsten Glückwunsch!

(!) **Bestandene Prüfung.** Der Gärtnergehilfe Herbert Prellinger, Conradstraße 15, bei der Firma Pfingsten beschäftigt, bestand vor der Landwirtschaftskammer in Münster die Prüfung als Gartenmeister mit dem Prädikat „Gut."

)!(**„Deutsche Christen".** Auf die Sonderfahrt mit Omnibus zu der Kundgebung der Deutschen Christen am Freitag in der Westfalenhalle in Dortmund wird nochmals hingewiesen. Teilnehmer wollen sich bis heute abend 5 Uhr in der Ortsgruppenleitung der NSDAP, Marktstraße, melden.

o. **Schützenfest am Dörmen.** Der Schützenverein Hattropholsen-Dörmen feiert am kommenden Samstag und Sonntag auf dem alten Platze am Dörmen sein diesjähriges Schützenfest. Zum Aufsetzen des Vogels treten die Schützen am Freitag abend 7 Uhr mit Schützenmütze auf dem Festplatz an. Das Vogelschießen findet Samstag morgen in Hattropholsen statt. (Näheres siehe Anzeige).

(!) **Katholischer Arbeiterverein Soest.** Der im vorigen Jahre mit großem Beifall aufgenommene Ausflug zur Ruploher Schweiz soll auch in diesem Jahre am 25. Juni wieder stattfinden. Abmarsch erfolgt am 25. 6. um 13 Uhr vom Ulrichertor. Es ist keine Mühe gescheut worden, allen Teilnehmern einige Stunden der Erholung zu bereiten. Kaffeetassen mitbringen. Kaffee und Milch wird unentgeltlich verabreicht. Für Kinder und Fußgänger, denen der Weg Beschwerde macht, ist kostenlose Fahrgelegenheit vorhanden.

?:? **Die Christliche Pfadfinderschaft „Westbund Soest"** gibt folgende Stunden bekannt: Samstag, den 24. Juni: Pflichtnachmittag der Wölflinge. Dienstag, den 27. Juni: Wölflingsstunde von 7,30—9 Uhr. Donnerstag, den 29. Juni: Stammesstunde. Samstag, den 1. Juli: Nachtwanderung. Sonntag, den 2. Juli: Zeltlager der Soester Pfadfinderschaft.

(!) **Schützenfeste in Soest.** Jetzt wird auch in der alten „Ehrenreichen" der Reigen der Schützenfeste eröffnet. Der Schützen-Verein „Brandenburgertor" feiert sein diesjähriges Sommerfest am 25. und 26. Juni auf der Wiese des Landwirts Geise. Das Vogelschießen ist am Montag, den 26. Juni, ab 1 Uhr. Wer einige vergnügte Stunden verleben u. die Sorgen des Alltags abschütteln will, versäume nicht, zum Schützenverein „Brandenburgertor" zu kommen. Für die Anwohner vor dem Brandwegertor am Sonntag Parole: Flaggen heraus!

)!(**Der Provinzial-Verband der westfälischen Reitervereine** teilt mit, daß das **Provinzial-Reitturnier in Bochum bestimmt am 8. und 9. Juli** stattfindet und nicht, wie es in einigen Zeitungen schon voreilig gemeldet wurde, auf den 15. und 16. Juli verlegt wird. Die Vorbereitungen für das Provinzial-Turnier, das in diesem Jahre in besonders großem Rahmen veranstaltet wird, werden mit allem Nachdruck fortgesetzt. Die bis jetzt eingegangenen Nennungen lassen ein gut beschicktes und großzügiges Provinzial-Turnier am 8. und 9. Juli in Bochum erwarten.

(!) **Tag der Jugend.** Am Sonnabend, 24. 6., findet im Rahmen des „Tages der Jugend" ein Umzug aller Schulen statt. Antreten ist 15,15 Uhr auf der Osthofen-Walburger-Wallstraße. — Veranstalter ist der Volksbund für das Deutschtum im Ausland, für den um 16,25 Uhr eine Kundgebung auf dem Markte stattfindet. Gleichzeitig kommt der „Volksdeutsche Staffellauf", der von Höxter nach Dortmund geht, durch Soest.

Wetter-Vorhersage

Vorhersage: Wechselnde, noch stärkere Bewölkung, aber schon vielfach aufgeheitert. Nur ganz unbedeutende Niederschläge. Temperaturen ansteigend. Tagsüber auffrischende südliche bis südwestliche Winde.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Meist freundliches, heiteres Wetter und wärmer.

Aus Werl und Umgegend

Eine blumenreiche Stadt ist die beste Fremdenwerbung.

Bei den Bemühungen um die Verschönerung unseres Stadtbildes bittet die Leitung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes folgendes zu beherzigen: Es ist eine selbstverständliche Pflicht eines jeden Werler Bürgers, bei der Fremdenwerbung mitzuhelfen, denn diese bedingt zu einem Teil eine Bessergestaltung unserer wirtschaftlichen Lage. Jeder Fremde, der hier beherbergt wird, bringt Geld in die Stadt, und sei es auch nur eine kleine Summe. Jeder Fremde, der mehr kommt, fördert den Aufschwung. Das Beispiel der Stadt Soest beweist es uns. Durch reichlichen Flaggenschmuck gewinnt das Straßenbild an Reiz, dabei ist es eine schöne Geste, besonders den Wallfahrern gegenüber, die sich lohnend auswirkt. Gesellt sich hierzu noch Blumenschmuck (Fensterkästen usw.), so wird das auf den Fremden einen bleibenden Eindruck ausüben. Um die ewigen Nörgler und Miesmacher, von denen unsere Zeit leider noch eine große Menge besitzt u. die stets nur im negativen Sinne arbeiten, von der Richtigkeit der Behauptung zu überzeugen, weisen wir beispielsweise auf die Ortschaften des Schwabenlandes hin; dort hat jeder Hausbesitzer seine Fenster mit Blumen geschmückt. Die sonst weniger harmonisch wirkenden Straßen u. Winkel wirken besonders in Verbindung mit Flaggenschmuck derart überwältigend, daß sich jede weitere Werbung erübrigt. In ganz Deutschland und darüber hinaus besitzt jene Gegend den Ruf eines soliden Schönheitssinnes. Wenn wir Werler nun auch nicht den Superlativ auf diesem Gebiete erreichen, so darf uns das aber doch nicht abhalten, ähnliches zu schaffen. Wir wiesen darauf hin, daß auch die Leitung des Franziskanerklosters als Befürworter dieser Ideen sich wärmstens einsetzt. Zudem haben die dem Kampfbund angeschlossenen Gärtnereibesitzer sich bereit erklärt, Minderbemittelten zu ermäßigten Preisen den Blumenschmuck zu liefern.

(!) **Kampfbundkundgebung in Bochum.** — Sonntag, 25. Juni 1933, findet in Bochum im evangelischen Vereinshaus, Mühlenstraße, eine große Kundgebung des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand statt. — Es sprechen: Reichsführer Celeny, München und Reichstagsabgeordneter E. Stürtz, Hattingen. Die Mitglieder des Kampfbundes werden ersucht, hieran teilzunehmen. Da die Tagung um 15 Uhr beginnt, ist als letzter Zug der Personenzug 12,24 Uhr über Dortmund zu benutzen. Anschließend an diese Kundgebung ist ein kurzer Propagandamarsch durch Bochum und ein Besuch der Bäckerei- und Wirtefachausstellung in den Ausstellungshallen an der Alleestraße.

)!(**Ein Verkehrsunfall** ereignete sich auf der Neheimerstraße, als eine Radfahrerin 2 Fußgänger überholen wollte und in diesem Augenblick sie von einem Motorrad überholt wurde. Es entstand ein kleiner Sachschaden. Die Schuld trifft den Motorradfahrer, da er beim Ueberholen nicht weit genug nach links ausgeholt hatte.

?:? **Vom Standesamt.** Geboren wurde dem Tischler Hermann Möller, Walburgisstraße 3, ein Sohn, Hermann Adolf.

:?: **Wallfahrt nach Stromberg.** Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Wallfahrt nach Stromberg am 29. Juni (Peter und Paul) stattfindet. Die Fahrt geht per Extrazug. Der Fahrpreis beträgt 2,10 Mark. Die hl. Messe ist des Morgens um 4 Uhr. 5,50 Uhr ist die Abfahrt des Zuges. Fahrkarten sind zu haben am Mittwoch, den 28. Juni ab 4 Uhr nachmittags im Gesellenhause und an der Fahrkartenausgabe der Reichsbahn, aber auch schon ab heute bei Herrn Anton Hömberg, Engelhardstr. 11.

:=: **Zur Wallfahrt** weilten gestern Pilger aus Harsewinkel, Kr. Warendorf u. aus Körbecke.

=:= **Geldbörse mit Inhalt abgegeben.** Eigentumsrechte können bei der Polizeiverwaltung, Zimmer Nr. 24, geltend gemacht werden.

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Dinker, 21. Juni. Werbetag der D. T. in Flerke. Sonntag, den 25. Juni, wird der Turnverein Flerke einen Werbetag der Deutschen Turnerschaft veranstalten. Bereits am Samstag abend werden Turner und Turnerinnen mit den Einwohnern des Dorfes einen Fackelzug durch das Dorf machen. Auf den Flerker Höhen wird dann nach alter germanischer Sitte als Symbol der Sonnenwende ein Feuer abgebrannt. Sonntag um 2 Uhr beginnt die turnerische Veranstaltung. Gemeinschaftliche Freiübungen, Handballspiele und Staffelläufe der Turner finden statt. Die Mädels werden mit Volkstänzen aufwarten. Der Abschluß wird ein Wettlauf rund um Flerke sein. Jeder echte deutsche Turnerfreund wird herzlich willkommen sein. Der Eintritt ist frei. Gut Heil!

Steuergutscheine

1. 4. 34	97,—
1. 4. 35	91,—
1. 4. 36	84,75
1. 4. 37	80,—
1. 4. 38	77,—

Der Kurs wird von der Reichsbank auf Grund der Kurse der Gruppe 2 als Durchschnittskurs berechnet.

Bücherschau

Das Feuerhorn

5 Erzählungen von Hans Friedrich Blunck

erschien soeben im Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O., innerhalb der bekannten Stalling-Bücherei „Schriften an die Nation", Bd. 5, Preis geb. Rm. 1,—. Erst kürzlich wurde das dichterische Schaffen H. Fr. Blunck durch seine Wahl in die Dichterakademie gewürdigt.

In diesen seltsam packenden Erzählungen des niederdeutschen Dichters weht das Schicksal — ernst und groß, und doch versöhnend. Menschen begegnen sich, aber etwas Höheres geschieht mit ihnen, das vorüberrauscht und beim Auseinandergehen etwas Neues, Unvergängliches hinterläßt.

Das vornehm ausgestattete Bändchen ist eine Zierde jedes Bücherschrankes und eignet sich vorzüglich zu Geschenkzwecken.

Wirtschaftliches

Dortmunder Zucht- und Faselmarkt.

Dortmund, 21. Juni. Auftrieb: 553 Stück Großvieh, 261 Schweine, 37 Kälber. Es kosteten in Rm.: Kühe: 1. Sorte 320—350, 2. Sorte 270 bis 310, 3. Sorte 210—260; Rinder 130—230, Ferkel 6—8 Wochen alt —, 8—10 Wochen alt 14 bis 16, 10—12 Wochen alt 17—22, Läuferschweine 22—33 Mark. Handel langsam. Der nächste Markt findet am 28. Juni statt.

Geschäftliches

)!(**Ein einmaliges großes Schauplätten** findet am Freitag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Krone (Inh. Aug. Gruß, Osthofenstraße, statt. Neuzeitliches Waschen, Stärkeplätten und kein Spannen von gestrickten Decken mehr wird gezeigt und erklärt. Für billiges Geld wird jede Hausfrau die Plätterin ihres eigenen Haushalts. Ohne jegliches Talent ist jeder in der Lage, nach diesem Vortrag sich selbst sämtliche Wäsche fertigzustellen. Einstärken, Glänzen, Runden und Formen und die dabei anzuwendenden Kunstgriffe werden gezeigt und erklärt. Einfacher und bequemer kann es unseren Hausfrauen nicht mehr gemacht werden. Keine Hausfrau und Tochter versäume diesen einmaligen, hochinteressanten Vortrag, denn ihr Vorteil ist es, wenn sie das Glanzplätten und die richtige Wäschebehandlung erlernen. Eintritt frei, ein Büchlein zum Glanzplätten und Wäschebehandlung wird gratis verabfolgt. — Referentin ist Frau Oberlehrer M. Knäpper. (Siehe heutiges Inserat).

das Kaffeegetränk der deutschen Familie ist Kathreiner!

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller und für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.

Eingesandt

Noch einmal: Der Reichsbischof.

Das mancherlei Für und Wider, das in letzter Zeit zur Frage des Reichsbischofs geschrieben worden ist, scheint zu keiner Klarheit zu führen, da offenbar die tatsächlichen Voraussetzungen dieser Angelegenheit z. T. nicht bekannt sind. Auch die Ausführungen des Herrn Pfarrers Koch, Soest, gehen aus diesem Grunde an dem Kernpunkt vorbei. Zur grundsätzlichen Klärung werde daher einem berufenen Kenner unserer heutigen kirchlichen Lage, Herrn **Professor D. Dr. Fezer-Tübingen,** dem bevollmächtigten Vertrauensmann der ev. theologischen Fakultäten Deutschlands, das Wort gegeben. Die nachfolgenden Ausführungen sind Notizen von einem aufklärenden Vortrag Professor Fezers in Tübingen über die Frage des Reichsbischofs.

Dietr. Goebel.

. . . . . Man hat in Berlin zu schnell gehandelt, wobei kein Ergebnis herausgekommen ist, **das vom ganzen** ev. Kirchenvolk freudig begrüßt worden wäre.

Was ist nun in Berlin geschehen?

Das, was in den Zeitungen stand, war kein Grund, auf dem man sich ein Urteil hätte bilden können. Es war geradezu unheimlich, in welch störender Weise die Zeitungen in den Verlauf der Verhandlungeen eingriffen!

Ueber diese Verhandlungen in Berlin, Loccum und Hannover möchte ich nun berichten, indem ich drei Fragen zu beantworten versuche:

1.) Was ist die durch die Stunde gestellte Aufgabe für die Kirche?
2.) Was hat man zu ihrer Lösung getan?
3.) Welches ist der Weg weiter?

1.) Was ist die durch die Stunde gestellte Aufgabe für die Kirche?

Handelt es sich um die Gleichschaltung von Kirche und Staat? Darauf ist die Antwort Ja und Nein! — Nein, wenn mit dieser Gleichschaltung gemeint wäre, daß der Staat zum Herrn der Kirche wird, ihr Inspirant, ihr Auftraggeber, wenn nicht mehr der Mensch Gottes das Ziel der Arbeit der Kirche wäre. Zu solch einer Gleichschaltung müßte ein Christ und vor allem ein Theologe unter allen Umständen nein sagen! — Ebenso abwegig ist die zweite Möglichkeit: Daß der Staat sich der Kirche unterwirft. Dies bedeutet für den Staat den Tod; der Tod des Staates ist aber auch der der Kirche!

Gibt es nun aber nicht eine dritte Möglichkeit? Nämlich die, daß beide, Staat und Kirche, sich einem Dritten, Größeren unterwerfen, daß beide, je an ihrem Teil, dazu helfen, daß **Gottes Wille** verwirklicht werde. Beim Staat ist das allerdings nur möglich, wenn er eine **Einheit** darstellt und an seiner Spitze **ein** Führer steht. Und das, meine ich, sei das große Geschenk an das deutsche Volk, daß Gott die Lenkung der Politik einem Mann in die Hand gegeben hat, der nicht nur einmal sagte, gegen den Willen Gottes könne er nicht das Mindeste erzwingen, sondern letzten Endes sehe er seine Aufgabe darin, dem deutschen Volk zu helfen, daß es seinen von Gott ihm gegebenen Beruf erkenne und erfülle. Es ist nicht Recht, wenn man dieses Ja des Führers zur Kirche auch nur einen Augenblick in Zweifel zieht! —

Wie kommt' nun hier Gleichschaltung zustande? Antwort: Nicht durch Gewalt, sondern durch die **Einheit des Willens,** d. h., daß der Wille des Staatsführers wie der des Kirchenführers in diesem Punkt einig sind, d. h. in der Erkenntnis der Aufgabe, **sich vor Gott zu beugen.** Ist es recht von einer ev. Kirche, wenn sie **diesem** Staat, **diesem** Führer gegenüber, der ein solch ehrliches und offenes Herz der ev. Kirche gegenüber hat, mit den üblichen Formeln operiert: „Wir begrüßen es . . .“? Wer seinen Willen so eindeutig kundgetan hat, wie dieser Führer, dessen Ehrlichkeit zu bezweifeln ein Unrecht wäre, diesem Führer gegenüber gibt es nur eines: „Wir reichen ihm die Hand und arbeiten tatsächlich mit“, und nicht: „Wir begrüßen es . . .“. Sündigst du nicht, wenn du sagst: „Ich begrüße es . . ., und dabei stellstt du dich daneben?! Es könnte sein, daß der Staat es sieht, was die **Kirche nicht sieht,** und dann von sich aus seine Erkenntnis in die Tat umsetzte, gegen den Willen der Kirche, **weil der Staat weiter sieht.** Dann dürfen wir nicht klagen, sondern sollen dankbar sein! Wir sollen uns schämen, wenn uns der **Staat** befehlen muß! Ist es recht von der Kirche, wenn sie die Hand, die um sie bittet, ausschlägt, weil sie nicht Vertrauen, sondern Angst hat? — — Wenn gesagt wird: „Und wenn der Staat sich ändert?“, so ist zu bedenken: Wir haben die Zukunft nicht in der Hand, aber für die **Gegenwart** sind wir verantwortlich! Ist es recht, die Gegenwart ob der Zukunft, die wir nicht kennen, zu versäumen? Eine solche Handlungsweise nennt die Bibel **Unglauben.** Der Mut zur Gegenwart hat den Männern das gelingen lassen, wovor wir heute staunend stehen. Das Verhältnis zum Staat können 23 Kirchen **nicht** finden, aber **eine** Reichskirche. Die Kirchen müssen eine Spitze haben, und ist es daher so unverständlich, wenn die „Deutschen Christen“ verlangen: 1.) daß dieser Reichsbischof aus ihren Reihen ist und 2.) daß dieser das Vertrauen des Reichskanzlers besitzt? Denn es ist keine Zeit, daß der neue Reichsbischof erst das Vertrauen des Staates sich erwerben muß, vielmehr muß er bei der Lösung seiner großen Aufgaben sich des Vertrauens würdig erweisen! — Nun ist ein Mann da, der seit sechs Jahren das Vertrauen Hitlers besitzt: **Wehrkreispfarrer Ludwig Müller.** Nun frage ich noch einmal: Ist das so unverständlich, daß die „Deutschen Christen“ auf diesen Mann verfielen? — Das sind die Aufgaben, vor die die Kirche gestellt ist.

2.) Was hat man zu ihrer Lösung getan?

Dreierlei: 1. fand statt eine vorläufige Besprechung zur Klärung der Fronten, 2. eine gemeinsame Beratung, um Einigung und den Frieden zu finden, und leider ein 3. getrenntes Handeln.

Verhandlungen: Teil nahmen Kapler, Marahrens, Hesse und Fezer. Zugrunde lagen die zehn Sätze der „Deutschen Christen“. Sofort wurden zwei Punkte herausgegriffen: a) die Arierfrage in der Kirche. Diese wurde aber leicht erledigt mit dem Hinweis darauf, daß im praktischen Fall auch jeder nicht arische Christ selbstverständlich jederzeit Zutritt zum ev. Gottesdienst und zu den Sakramenten der Kirche habe, während es einem solchen andererseits wohl sein eigenes Taktgefühl verbieten werde, sich etwa als Pfarrer in der Kirche zu betätigen. Schwieriger war der zweite Punkt: Verhältnis von Kirche und Staat. Hier traten die Fronten deutlich auseinander. Während die jungreformatorische Bewegung Abwehrstellung gegen die Gefahr des „totalen Staates“ bezog, betonten die „Deutschen Christen“, das „Ja zum Nationalsozialismus; die Stunde dürfe nicht versäumt werden.“ — Am 15. Mai fanden die Verhandlungen ihren Fortgang. Fezer ging früher hin, um in persönlicher Fühlungnahme Besprechungen zu führen, da hierbei mehr herauskommt, als bei allgemeinen Verhandlungen. Die Fronten hatten sich versteift. In Loccum (um von dem störenden Berlin weg zu sein) wurden die neuen Richtlinien der „Deutschen Christen“ ausgearbeitet, die von dem Dreimännerkollegium gebilligt und am 16. Mai (am Vorabend der großen Kanzlerrede!) vom Kanzler genehmigt wurden. Hitler gab dem Wehrkreispfarrer Müller die Oberleitung der „Deutschen Christen“. — Sodann wurde in Hannover weiter verhandelt zwischen Müller, Fezer, Hirsch (Göttingen) und einem Reformierten. Es wurde aber nichts Brauchbares gefunden. — Es folgte die Besprechung der Verfassung, des Glaubensbekenntnisses, des modus procedendi, d. h. Art des Vorgehens der Bischofswahl mit den drei Kirchenherren; diese hatten die Sätze der „Deutschen Christen“ bejaht und **den modus procedendi unterschrieben.** Hiervon besagte nämlich Punkt 2: Vor der Wahl Befragung der verschiedensten Kirchenbewegungen, Punkt 3: Vor der Veröffentlichung Mitteilung an den Reichskanzler;

Und nun wurde an jenem Mittwoch abend durch ein unverantwortliches Pressemanöver plötzlich in Presse und Rundfunk der Landesbischof von Mecklenburg, D. Rendtorff, als Reichsbischof ausgerufen. Rendtorff selber wurde durch diese Falschmeldung ahnungslos überrascht und kam dadurch in die allerverzwickteste Lage mit seiner Landeskirche, bis diese mysteriöse Angelegenheit als unaufgeklärter Trick aufgeklärt ward. Dadurch entstand aber überall große Nervosität. — Eine weitere Störung brachte ein Pressecmpfang der jungreformatorischen Bewegung, bei dem auf einmal der Name Bodelschwingh als Reichsbischof auftauchte. Und das alles, nachdem man vorher auf allen Seiten darüber einig geworden war, daß die neuen Satzungen der „Deutschen Christen“ der Marschbefehl waren und nicht irgend welche Nachrichten aus der Presse.

Man war sich also bei der Gauleitertagung der „Deutschen Christen“ am 23. Mai in Berlin über die drei Voraussetzungen des künftigen Reichsbischofs einig, nämlich 1. daß dieser aus den Reihen der „Deutschen Christen“ sein müsse, 2. daß er das Vertrauen des Reichskanzlers haben müsse und 3. daß wenigstens der größte Teil des ev. Kirchenvolkes hinter ihm stehen müsse. Auch wollte man noch keinen Namen nennen. Im Stillen war man sich einig, daß Müller dieser Mann sei. Dies teilte die Reichsleitung der „Deutschen Christen“ dem Dreimännerkollegium mit. Darauf lautete die Antwort D. Kaplers im Namen des Dreimännerkollegiums: Die evangl. Kirchen seien sich über die Person des Reichsbischofs einig, ohne aber der anderen Seite selbst noch zu dieser Stunde auch nur eine Andeutung darüber zu verraten, wer dieser sei. Erst abends um 10 Uhr erfuhren wir, daß der Name Bodelschwingh bereits durch Radio und Presse gegangen sei. Die Reichsleitung der „Deutschen Christen“ erkundigte sich sofort bei D. Kapler, ob diese Nachricht eine Zeitungsente oder ob das Tatsache sei. Als Kapler dieses als Tatsache bestätigte, fragte die Reichsleitung, wie er — Kapler — so etwas fertig brächte. Kapler antwortete, wir hätten ja nach dem Namen fragen können, aber mit Recht gab die Reichsleitung ihm darauf die Antwort, daß sie nicht nach einem Namen zu fragen hätten, den zu erfahren ihnen rechtlich zustünde.

So ist es also gegangen. Es ist versäumt worden, das Ja zum Nationalsozialismus zu sagen, weil die Angst davorherrschte und nicht das Vertrauen zu ihm! Das ist das Verhängnisvolle! — Die Wahl darauf ergab Mehrheit für Bodelschwingh, was sofort durch Radio und Presse der Oeffentlichkeit mitgeteilt wurde, **ohne vorher der Reichsregierung Mitteilung zu machen!** Dadurch ist aber die Reichsregierung in eine peinliche Lage versetzt, da ihr nun die Hände gebunden sind. Es könnte doch möglich sein, daß das Reich gegen einen Mann aus politischen Gründen irgendwelche Bedenken haben könnte. Nun kann sie aber gar nichts machen; weder kann sie Ja dazu sagen, da sie einfach gegen die Verabredung vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde, ohne mit der Person des Reichsbischofs vorher bekannt zu werden, — noch kann sie jetzt mehr Nein sagen, d. h. nachträglich, da die Person des Reichsbischofs im Volk schon bekannt ist. Somit tat die Reichsregierung das einzig Richtige, was ihr in dieser Lage überhaupt übrig blieb: sie ignorierte einfach D. von Bodelschwingh, indem sie ihn nicht empfing.

Ist es nun für einen Führer der ev. Kirche erträglich, daß von ihm durch den Staat keine Notiz genommen wird? Wenn es selbst der Papst für geboten erachtet, bei der Besetzung eines Bischofsstuhles erst bei der jeweiligen Staats- oder Landesregierung anzufragen, ob keine politischen Bedenken gegen die Person des neuen Bischofs vorlägen — und welche Macht verkörpert der Papst! — wieviel mehr wäre das bei der ev. Kirche in dieser Lage und diesem Führer gegenüber angebracht gewesen! Diese Unterlassung ist einfach festzustellen und zu bedauern.

3. Welches ist nun der Weg weiter?

Nichts anderes, als was ich getan habe: Dem Kirchenvolk zu sagen, wie es gegangen ist. Ist es nicht besser, wenn Bodelschwingh das Amt zurückgibt in die Hand derer, die dazu halfen, daß nun seine Hände gebunden sind? — Dann aber ist es unsere Pflicht, daß wir erst den Stuhl zimmern, auf dem der künftige Reichsbischof zu sitzen hat, und nicht umgekehrt! Das kann aber nicht nur in ein paar Tagen geschehen, sondern erfordert Zeit und Ueberlegung und guten Willen. Und daß das ev. Kirchenvolk daran beteiligt sein muß, das ist klar. Dies bedeutet aber noch lange keine Wahl!

Wir brauchen heute eine Kirche, die sich bei dem Geschehen unserer Zeit nicht abseits hält, sondern die nach Gottes Willen dem deutschen Volk in seinem schweren Kampf mit Rat und Tat zur Seite steht!



Die jungen Gemüse

gewinnen durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI' Würze ganz besonders an Wohlgeschmack — Verlangen Sie aber ausdrücklich MAGGI' Würze

Der Talisman der Rambergs

17 Roman von Dorothea Goebelre

„Du hast ihn dazu erweckt, Kläre!“ Sie streichelte des Mädchens Hand, wenn ein Brief kam, der neue Fortschritte meldete.

Aber Kläre wehrte ab: „Ach, nicht doch, Tante Gesa! Es ist ja einfach selbstverständlich, daß jetzt alles so geht. Sorgen lähmen und machen müde, und Sicherheit weckt Kräfte.“

Aber war das einfach selbstverständlich? Sie holte ihre Briefe für sich aus dem Haus an der hohen Halde, „denn du hast ein Recht, zuerst zu wissen, was hier geschieht. Dir bin ich Rechenschaft schuldig“ — schrieb Wolf Ramberg. War es wirklich nur das was ihn trieb? War da in seinen Briefen nicht noch ein heimlicher Unterton, der tiefer zum Herzen wollte? Eine Frage: „Was meinst du hier?“ oder „So möchte ich es machen. Ich denke, es ist in deinem Sinn.“ Und ein anderes Mal:

„Der Amor auf der Treppe hat wieder seine ganze Nase und Pfeil und Bogen auch, auf wen wird er zielen, Kläre? Wirklich nur „ins Blaue“ hinein?“

Es stieg ein Rot in ihr Gesicht, als sie das las in einer einsamen Stunde draußen an der See, wo sie immer Wolfs Briefe zu lesen pflegte.

Sie sah ihn mit einem Male wieder vor sich stehen, so wie damals bei den jungen Eichen auf der hohen Halde: „Ich will dein Geld nicht. Nie sollst du denken, daß ich dein Geld gewollt —.“ Nein, sie wußte ja, daß er nicht gewollt, daß sie es ihm beinahe hatte aufdrängen müssen. Stolz lohte in ihr auf bei dem Gedanken. — Doch ein Ramberg, ein ganz echter, der sich allein herauszubeißen sucht. — Zugleich fühlte sie aber auch etwas wie ein Erschrecken. Wie war das was da in ihr aufwachen wollte? Was hatte ihre Antworten in den letzten Wochen immer wärmer und wärmer werden lassen? Warum waren ihrer Briefe überhaupt so viele geworden?

Aber mußten es denn nicht viele werden? Hieß es denn nicht immer antworten auf Fragen. Wie denkst du dir das? Was hälst du davon? Was meinst du zu einem Kamin auch in der Bibliothek? Müßte es sich nicht auch da gut sitzen, wenn die weißen Flocken fliegen und die Stürme um den Vogelsberg wehen?

Ja, sie meinte das gleichfalls. Man müßte auch den Flügel wieder herrichten lassen. Sie erinnerte sich, daß Wolf in seiner Jugend gern und auch gut gespielt. Ja, man konnte da sitzen an Winterabenden, man konnte sich ein paar der alten Bände aus den Regalen ziehen und Goethe lesen oder Hölderlin, oder die Sagen aus Westfalenland. Als sie das geschrieben, am Abend in ihrem Zimmer, legte sie plötzlich die Feder beiseite und dachte: „Was soll das, Kläre? Was malst du da für Zukunftsbilder? Und für wen malst du sie? Tust, als wäre es wirklich und für immer dein Eigen, das Haus an der hohen Halde, und bist letzten Endes doch nur ein Pensionskind, das heimkam für ein paar Monate, vielleicht nicht einmal für ein Jahr. Und wenn Mutter Gesa die alten Augen zumacht oder wenn — wenn — eine neue Herrin — einzieht? Ihre Augen sahen plötzlich groß und starr und sie zerriß den Brief. Eine sehr kühle und sachliche Antwort wanderte am Morgen in den Postkasten.

Marlene Sinsheimers Buben meinten an diesem Tage, Tante Kläre müsse krank sein, denn sie sei heute merkwürdig still und wolle nicht einmal mit ihnen Gymnastik treiben, und nicht mal schwimmen und mit den Wassertieren spielen. Marlene aber nahm die junge Freundin beiseite und stieg mit ihr in den Wald hinauf; droben an einsamster Stelle legte sie die Hand leise auf die des Mädchens und sagte still: „Hat es weh getan, Kläre? Es war doch eigentlich nur eine — Backfischliebe?“

Denn es war am Morgen ein Brief an Frau Gesa gekommen mit fremden Postzeichen, und in dem stand:

„Mutter, du hast es wohl schon geahnt, und Vater Arne meint, es wäre besser so, als das bloße Nebeneinander, und Helge wäre auch sicherer und geschützter bei Zwischenfällen, die ja immer mal kommen können auf solcher Fahrt; und so sind wir denn in Neapel zum deutschen Konsul gegangen und haben uns trauen lassen und haben nachher in der Kirche gekniet und uns Gottes Segen geben lassen. In der Kirche, wo Konradin begraben ist. Nun schicke auch du uns deinen Segen, Mutter, und schicke ihn uns nach Kairo, das ist unsere nächste Station. Es grüßen und küssen dich in jubelndem Glück und grüßen und küssen alle anderen, Hans-Joachim und Helge Ramberg, geborene Tilander.“

„Hat es weh getan, Kläre?“

Ein glockenhelles Lachen antwortete ihr: „Nein, Marlene, es hat nicht weh getan. Eine Backfischliebe sagst du? Noch nicht einmal das, und wenn wirklich noch ein Funken da war, als ich heimfuhr, und vielleicht eine Hoffnung, so doch schon vorbei im Entstehen und hat nicht einmal Stunden gedauert. Sie sollen glücklich werden, der Hans und seine Helge, so glücklich — wie ich selbst — auch noch einmal zu werden hoffe.“

„Dann ist es gut, Kläre!“ Die Frau atmete auf.

„Ja, es ist gut, Marlene, und nun komm hinunter zu Tante Gesa. Jetzt wollen auch wir noch diese Hochzeit feiern. Ich schlage vor, wir nehmen uns ein Auto und fahren hinüber nach Travemünde, und sind mal wieder ganz mondän. Diner und Fünf-Uhr-Tee auf der Kurterrasse, und ich bin Kläre Ramberg von der Ruhr mit echten Spitzen und Blaufuchsstolas; seit Kissingen habe ich ihn nicht mehr umgehabt! Komm, komm, damit wir alles mit Tante Gesa besprechen. — Schade, daß Vetter Wolf nicht dabei sein kann, aber wir schreiben ihm eine Ansichtskarte.“ Schnell hüpfte ein Lied auf den Lippen, ging sie der Freundin voran durch den Wald.

Am anderen Vormittag fuhren sie nach Travemünde. Wundervolle Fahrt durch Holsteins Buchenwälder. Frau Gesa strahlte und Ernst und Erwin jubelten. Vom Postamt flog ein Telegramm nach Neapel aller Glückwünsche voll, „Vielleicht erreicht es sie doch noch da“, meinte Kläre.

Sie wanderten ein Stück an der Trave entlang und sahen von der Mole hinüber nach Mecklenburgs weißer Küste, saßen am Strande und stiegen hinauf zur Kurterrasse. Sie saßen an schön gedecktem Tisch; die Gläser, die sie zusammenklingen ließen, waren von edelstem Kristall. Ganz große Dame war Kläre Ramberg . . .

„Ach, Kläre“, — Frau Gesine betrachtete sie mit einem langen Blick. — „Ach, Kläre, das hier ist doch dein eigentliches Element, und der Kreis, den du gewöhnt bist aus den letzten Jahren und in den du gehörst, Reichtum und Luxus und Glanz und Pracht; daß du überhaupt noch Gefallen findest an dem Haus an der hohen Halde.“

Das Mädchen schüttelte den Kopf: „Blick' in die Welt, Mutter Gesa! Sehr schön, wenn man ihn mal machen kann, aber doch nicht das Wesentliche. Es muß ein altes Haus dahinterstehen, zu dem man gehört und heimkehren kann.“ Und wieder, indem sie es sagte, kamen ihr die schwermütigen Gedanken zurück: „Gehöre ich denn dazu? Bin ich nicht bloß ein Gast? Ein geliebter wohl und wohlgelittener, aber eben doch nur Gast. Wo kehre ich einst wirklich heim?“

Aber das Leben rundum ließ nicht viel Zeit zu sentimentalen Betrachtungen, das elegante Treiben des Nachmittags begann. Draußen die See in wundervollen Farben, Lachen und Jauchzen am Strand, ein lebendiges Durcheinander buntester Kostüme, oben auf der Terrasse höchste Eleganz. Badegäste aus Hamburg und Bremen. Lübecker Großkaufleute, die mit ihren Frauen für den Nachmittag ins Auto herausgekommen. Schmeichelnde Musik vom Orchester her, ein bezauberndes Bild.

(Fortsetzung folgt!)

Aus Westdeutschland

Am grünen Tisch . . .

Westdeutsche Ingenieurtagung in Bochum

Eine Entschließung für die Besetzung von Dezernaten städtischer Werke mit Ingenieuren

Bochum. Der Gauverband Rheinland und Westfalen des Vereins deutscher Ingenieure hielt hier am Sonntag, stark besucht, seine Haupttagung ab. Die Tagung bekannte sich zum neuen Deutschland und zum Führerprinzip. Sie trat aber auch entschieden ein für eine bessere Wertung des Ingenieurstandes in den öffentlichen Verwaltungen, vor allem bemängelte sie scharf, daß besonders in den letzten Jahren in den Städten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks vielfach die Dezernenten der städtischen Werke und Leiter der Hochbauämter durch juristische Kräfte ersetzt worden sind. Dipl.-Ing. zur Nedden, der Geschäftsführer der technisch-wissenschaftlichen Sachverständigenausschüsse des Reichskohlenrates umriß in einem Vortrag die Führeraufgaben der Ingenieure und trat mit Entschiedenheit für eine Berufung des Ingenieurs zur Uebernahme städtischer Werke und Aemter ein.

Die Tagung nahm einmütig folgende Entschließung an: „Die deutschen Ingenieure sind freudig bereit, die Pflichten zu erfüllen, die das neue Deutschland der nationalen Technik auferlegt. Die hierbei sich ergebenden Aufgaben verlangen, daß die Ingenieure in der öffentlichen Verwaltung in voller Gleichberechtigung mit anderen Berufsständen mitwirken. Die Tagung des Gauverbandes Rheinland-Westfalen wiederholt und bekräftigt daher die Forderung des Gesamtvereins, daß die Hemmungen, die bislang einer solchen gleichberechtigten Mitwirkung entgegenstanden, beseitigt werden und bittet den Gesamtverein, kraftvoll dafür einzutreten, daß die Reichsgesellschaft für technisch-wissenschaftliche Arbeit sich diese Forderung zu eigen macht."

Dr.-Ing. Spetzler (Essen) vom Ruhrverband berichtete in einem eingehenden Vortrage über Arbeit und Aufgabe des Ruhrverbandes in der Wasserversorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Der Vortrag wurde ergänzt durch Wiedergabe einer großen Zahl Lichtbildaufnahmen aus dem Wirkungskreis des Ruhrverbandes. Am Montag wurden in Gruppen die Stauseen des Industriebezirkes, die Bergschule und das Bergmuseum in Bochum und industrielle Werke unter fachmännischer Leitung besichtigt.

Hoteliergewerbe vor dem Steuertod

Westfälische Hoteliertagung in Bochum vertraut auf die Regierung

Bochum. Im Parkhotel Haus Rechen traten am Montagnachmittag die Mitglieder des westfälischen Hotelierverbandes zu ihrer Haupttagung zusammen, mit ihnen auch die Bahnhofswirte, die Saalbesitzer und Konditoren. Nach einer Begrüßungsansprache des Bezirksleiters Günnewig (Bochum) und nach Ausführungen des Gauleiters des Westfälischen Gastwirteverbandes Nephut (Dortmund) über die bedrohliche finanzielle und wirtschaftliche Lage des Hoteliergewerbes und der anderen genannten Gewerbezweige begrüßte im Namen der Stadtverwaltung Magistratsrat Loerbroks die Tagung. Die Vertreter der anwesenden Fachschaften des Hotelier- und Gastwirtegewerbes legten dann kurz die Lage der einzelnen Gewerbe dar. Im Sinne der Ausführungen wurde dann eine Entschließung angenommen, in welcher die Fachschaften der genannten Gewerbe ihr Vertrauen der Reichsregierung gegenüber aussprachen und darauf hinwiesen, daß gerade das Hotelier- und Gaststättengewerbe in der vergangenen Zeit durch steuerliche Sonderbelastungen ungerecht behandelt worden sei. Sie hätten das Vertrauen zu der Reichsregierung, daß diese Ungerechtigkeiten beseitigt würden. Wenn nicht baldige Hilfe komme, würden wertvolle Kräfte dieser mittelständischen Gewerbe zur völligen Vernichtung gelangen. Insbesondere müsse darauf hingewiesen werden, daß gerade die Erfrischungsräume der Warenhäuser zu der Vernichtung der Gaststätten beitrügen. Die gemeindliche Getränkesteuer könnte nur als ungerecht angesehen werden. Sie sei kaum mehr zu ertragen. Zum Schluß sprach noch der Vertreter des Kampfbundes für deutsche Kultur, Schriftleiter Möller-Rivitz, über Kultur- und Rassefragen.

Großes westfälisches Jungbäcker- und Jungkonditorentreffen in Bochum

Im Rahmen der großen westfälischen Bäckerwoche in Bochum fand am Sonntag ein westfälisches Jungbäcker- und Jungkonditorentreffen statt. Es gab der weiten Oeffentlichkeit Kunde von der tiefen Verbundenheit und Zusammengehörigkeit zwischen Lehrling, Gehilfe und Meister im westfälischen Bäckerhandwerk. Weit über 2500 Jungbäcker und Jungkonditoren aus allen Teilen Westfalens hatten sich eingefunden. Eingeleitet wurde es im Saale des Evgl. Vereinshauses mit einer erhebenden Kundgebung, nach der sich in den von vielen zehntausenden flankierten fahnengeschmückten Straßen der Bäckerjugend-Festzug entwickelte.

Mit der Rasierklinge gegen die Frau

Eine schaurige Mordtat vor dem Bochumer Schwurgericht — 12 Jahre Zuchthaus

Bochum. Am Morgen des 7. Januar 1933 fand man die Ehefrau des Tankstellenbesitzers Bödege im Hause der Herner Straße 229 zu Bochum im Schlafzimmer in einer Blutlache vor. Der Schädel war zertrümmert und die linke Halsseite zeigte einen langgezogenen tiefen Messereinschnitt. In der Wohnung wurde eine blutbefleckte Rasierklinge und ein blutiger Hammer vorgefunden. Die Frau starb an den Folgen der schweren Verletzungen kurz nach Einlieferung ins Hospital. Der Ehemann Bödege, der die Tat ausgeführt hatte, war nach Köln geflüchtet, wo er sich zwei Tage später der Polizei stellte.

Er hatte sich am Montag vor dem Schwurgericht unter der Anklage des Mordes zu verantworten. Der Angeklagte ließ sich vor einigen Jahren in Bochum nieder, wo er in der Herner Straße eine Tankstelle verwaltete, während seine Frau dort ein Zigarrengeschäft aus ihren eigenen Mitteln betrieb. Im Jahre 1922 hatte er seine Frau, die aus erster Gesellschaft stammte, geheiratet. Als sein Geschäft in Konkurs ging, verließ er seine Frau und hielt sich im Süden auf verschiedenen Arbeitsstellen im Industriebezirk mehrere Jahre auf.

Die Frau zog mit ihren Kindern im April 1932 wieder zu ihm nach Bochum.

In den letzten Wochen vor der Mordtat kränkelte die Frau. Am Dreikönigenabend saßen die Eheleute mit ihren Kindern noch singend am brennenden Weihnachtsbaum. Sie begaben sich gegen 11 Uhr zu Bett. Gegen drei Uhr nachts zündete die unruhig schlafende Frau das Licht an, was den Angeklagten veranlaßte, das Klosett aufzusuchen. Dort grübelte er lange über seine wieder sehr schlechte Geschäfts- und Lebenslage. Er hatte in den letzten Monaten aus der Kasse der Tankstelle Gelder von 7—800 Mark entnommen, zumal er wußte, daß seine sofortige Entlassung bevorstand. Er kam zu dem Entschluß, seinem Leben ein Ende zu machen und seine Frau und sich zu töten. Zum Selbstmord will er nach der Mordtat eine Gardinenkordel mit aus dem Hause genommen haben. Er holte sich einen Hammer und eine Rasierklinge und tötete mit ihnen seine Frau. Das aus der Halswunde quillende Blut hat selbst die ganze Matratze durchtränkt.

Nach der Ausführung der Tat suchte er seine nebenanliegende Tankstelle auf, wo er telephonisch ein Telegramm an seine Schwägerin aufgab, sofort die Kinder von Bochum zu holen. In Köln will er an der Landstraße nach Bonn mit dem mitgenommenen Gardinenstrick versucht haben, sich an einem Baum aufzuhängen. Der Strick sei aber gerissen, sodaß er seine Selbstmordabsichten nicht habe ausführen können, worauf er sich der Polizei gestellt habe.

In der Gerichtsverhandlung bekundeten die Kölner Beamten, daß der Angeklagte mit einer außerordentlichen Ruhe und Kaltblütigkeit den Hergang der Mordtat erzählt habe, während er sich in der Gerichtsverhandlung der Einzelheiten nicht mehr entsinnen wollte.

In der Schwurgerichtsverhandlung Bödege beantragte der Staatsanwalt Halbrok die Todesstrafe und Ehrverlust, der Verteidiger Rechtsanwalt Dörpinghaus die Beantwortung der Schuldfrage nach vorsätzlicher Tötung, aber ohne Ueberlegung, da der Angeklagte, wie nachgewiesen, erblich belastet sei.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Verteidigers und verurteilte den Angeklagten zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Schmucksachendiebe am Werk

Bochum. Aus einem Ausstellungsraum wurden nachts von einem mit einem Tuche überdeckten Tisch Schmucksachen wie Ringe, Ketten, Armbänder mit Perlbesatz und eine Brosche entwendet. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf über 170 Mark.

Diebe drangen in den späten Nachmittagsstunden des Sonntags in die Wohnung eines Kaufmanns an der Alleestraße ein und entwendeten eine Geldkassette, in der sich 300 Mark Bargeld, alte Geldscheine und wertvolle alte Münzen, eine Brillantvorsteckнadel, ein Brillantring, ein Trauring, eine silberne Taschenuhr mit Silberkette und verschiedene Papiere befanden.

3. Etappe: Zerschlagung der konfessionellen Jugendbünde

Erklärungen eines Hitler-Jugend-Führers in Bielefeld

Bielefeld. Am Sonntag fand in Bielefeld eine Bezirkstagung der Hitlerjugend statt. Bei einer Besichtigung der auf dem Johannisberg angetretenen Formationen sprach der kommissarische Bannführer Brennecke über die Zukunft der Jugendverbände und erklärte dabei u. a.:

Unsere erste Kampfetappe war die Vernichtung der marxistischen Jugendverbände. Sie ist restlos durchgeführt. Die zweite Etappe, die Erledigung der bündischen Jugend, ist seit 24 Stunden gelöst. Jetzt gehen wir zielbewußt an die dritte Etappe heran: Die Zertrümmerung der konfessionellen Jugendverbände. Man soll uns nicht mit Reden von christlichen Belangen kommen; wenn wir auch den christlichen Verbänden den guten Willen nicht aberkennen, so steht der Erfolg doch bei uns. Und bei uns sind auch die christlichen Belange der Jugend am besten gewahrt. So werden wir denn die dritte Etappe bald gelöst haben.

Niedersachsen wehrt sich

Eine Erklärung der Regierungspressestelle Osnabrück gegen Ausbreitungsabsichten des Westdeutschen Rundfunks

Osnabrück. Bekanntlich wurde von Seiten des Westdeutschen Rundfunks mehrfach betont, eine Ausdehnung des westdeutschen Sendebezirks auf das Osnabrücker Land sei notwendig, weil die Rundfunkversorgung dieses Bezirks sehr im argen liege. Der geplante Neubau eines Senders in Münster sollte diese Ausbreitung fördern. Jetzt wendet sich die Pressestelle der Regierung in Osnabrück gegen diese Absichten. Die Rundfunkverhältnisse im Osnabrücker Land, Emsland und Südoldenburg seien durchaus geregelt. Die Orientierung der Hörer nach Langenberg sei aber zwangsläufig auf Grund der mangelnden Energie der Norag-Sender und der immer stärker werdenden Kraftleistung des Langenberg-Senders geschehen. In all den Jahren sei der starke Wunsch im Gesamtraum Niedersachsen nach einem großen, den ganzen Kulturkreis umfassenden Sender rege und wach geblieben. Die Werag hätte die Aufgabe, die Landschaft und den Menschen des Ruhrgebiets, des Rheinlands, des bergischen und Siegerlandes kulturell zu betreuen. Eine Erweiterung des Aufgabenkreises nach Niedersachsen hin sei für das Ergebnis sicherlich nicht ohne Unzuträglichkeit, für die Prüfung der starken und tiefen Werte, die im niedersächsischen Stammboden Wurzel geschlagen haben, aber eine [illegible] Niedersachsen bietet nicht Betreuungsgebieten zugewiesen werden, die keine innere Verbundenheit mit ihm aufweisen. Im Rahmen der Gesamtneugestaltung des Rundfunks gebe es nur das eine Ziel: Verringerung der Gesamtzahl der Sender, starke Ausgestaltung der Energieleistung derart, daß die wenigen großen kulturellen Eigenräume des Reiches nun auch wirklich Gelegenheit zu einer organischen Kulturpflege und Kulturentwicklung im Sinne der Erziehung der Nation zum Bewußtsein seiner volklichen Grundlagen bekommen.

Dammbruch im Siegerland

Schreckensszenen am Sonntagnachmittag

Siegen. Sonntag nachmittag gegen 5 Uhr wurden die Bewohner des Ortes Littfrel (Kreis Siegen) durch das unaufhörliche Alarmsignal des Westfalenwerkes in Aufruhr versetzt. Noch bevor man den Grund erfahren hatte, war das Unheil nahegerückt. Der Damm des Staeler Weihers war gebrochen. Riesige Wassermassen ergossen sich durch das Tal, stauten sich zunächst vor dem Dorf, um dann die Straßenzüge zu überfluten. Nur mit Mühe konnten die Anwohner ihr Vieh in Sicherheit bringen. Das Kleinvieh mußte in die oberen Stockwerke gebracht werden, da keine Möglichkeit mehr bestand, es auf andere Art zu retten. Durch Verstopfen der Eingänge versuchten die Bewohner ein Eindringen des Wassers zu verhindern. Eine Woge überflutete die Brücke in ihrer ganzen Höhe. Die Feuerwehr hatte riesige Arbeit, die Brücke von dem angeschwemmten Geröll freizuhalten. Durch den Dammbruch ist ein großer Teil der Ernte vernichtet. Außerdem ist sehr viel Mutterboden abgeschwemmt worden. Wie durch ein Wunder sind Menschenleben nicht zu beklagen. Auch die in der Nähe des Dammbruchgebietes spielenden Kinder konnten von ihren Eltern rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

Jugend im Reich grüßt auslandsdeutsche Jugend

Eine Staffelbotschaft am 25. Juni — Aachen gab sie bekannt

Aachen. Auf den 18. Juni vorverlegt, wurde das Fest der Deutschen Schule am Sonntag nachmittag im Aachener Waldstadion in Anwesenheit von fast 10 000 Zuschauern abgehalten. Massenchöre, Orchesterstücke, turnerische Darbietungen der Knaben-Volksschulen und Massentänze der Mädchen-Lehranstalten boten eine überaus abwechslungsreiche Festfolge. Der Inhalt der am 25. Juni von der reichsdeutschen Jugend an die auslanddeutsche Jugend abzusendenden Staffelbotschaft wurde wie folgt bekanntgegeben:

„Wir, die deutsche Jugend im Reich, grüßen euch, die deutsche Jugend im Auslande. Wir versprechen Treue und verlangen Treue — Treue zu unserm Volk, unserer Sprache, unserer Sitte — Volk Heil."

Den Abschluß bildete das volksdeutsche Bewegungsfestspiel „Volk will zu Volk". Im Glanze der hinter Regenwolken hervorbrechenden Sonne war der Eindruck dieses farbenprächtigen Bewegungsspiels ein außerordentlicher.

Devisen in der Autolampenfassung

Raffinierter Devisenschmuggel aufgedeckt

Aachen. Einem raffinierten Schmuggler ist die Herzogenrather Polizei jetzt auf die Spur gekommen. Ein Bergmann, der in Holland seinen Wohnsitz hat, stand schon längere Zeit in Verdacht, Devisenschieber zu sein. Mehrere Male täglich passierte er mit einem holländischen Personenkraftwagen die Grenze. Am Samstagabend fuhr der Wagen zur Zollrevision in Herzogenrath. Ein zufällig anwesender Polizeibeamter kontrollierte den Wagen und stellte fest, daß eine Lampe nicht brannte. Bei näherem Zusehen bemerkte er dann, daß eine Birne aus der Fassung herausgedreht worden war. In der Fassung fand man nun 250 RM. in 50 Markscheinen versteckt. Auch konnte festgestellt werden, daß der Mann noch am Samstagmorgen in Aachen auf einer Bank 950 RM. abgenommen hatte. Es besteht die Vermutung, daß der Bergmann den Devisenschmuggel schon längere Zeit betrieben hat.

Großes Holzlager brannte

Wuppertal. Im Stadtteil Ottenbruch brach am Sonntagmittag, gegen 2 Uhr, in der Rohprodukten-Großhandlung der Firma Cahn u. Co. ein Großfeuer aus, das sich über drei große Lagerschuppen, die mit Papier und Lumpen gefüllt waren, ausdehnte, und auch auf ein benachbartes Grundstück mit einem umfangreichen Holzlager übergriff. Die drei gewaltigen Lagerschuppen und ein großer Teil des auf dem Nachbargrundstück lagernden Holzes wurden ein Raub der Flammen. Besonders bedrohlich war der Brand deswegen, weil sich in unmittelbarer Nähe des Brandherdes ein Benzinlager befand.

Der Feuerwehr gelang es nach 1½stündiger Tätigkeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die Schwierigkeit der Löscharbeit wird deutlich durch die Tatsache, daß 2 SA-Leute bei ihnen schwer verunglückt sind. Einem SA-Mann stürzte ein brennender Balken auf den Kopf und kurze Zeit später fand man den zweiten SA-Mann, der sich in einen brennenden Schuppen gewagt hatte, mit einer schweren Rauchvergiftung auf.

Japan verkauft „Dortmunder Bier"

Deutsch-japanischer Bier-Krieg. — Starke japanische Ausfuhr nach Amerika

Nach einem Spezialbericht des holländischen „Maasbode" steht ein scharfer Bier-Krieg in den Vereinigten Staaten und Niederländisch-Indien bevor, der sich als Folge der starken Konkurrenz der japanischen Brauereien vor allem gegen das Dortmunder Exportbier ergeben soll. An der Spitze der japanischen Brauereien steht die Nihon-Bierbrauerei und -Mineralwasserfabrik mit dem Sitz in Tokio. Das Unternehmen ist mit einem voll eingezahlten Kapital von 14 Millionen Yen ausgestattet. Es erzeugt seit längerer Zeit das im Fernen Osten gut eingeführte japanische „Union"-Bier, ein Bier, das zwar in Qualität und Geschmack sich wesentlich von dem weltberühmten Dortmunder Union-Bier unterscheidet und mit ihm lediglich den Namen gemein hat, der von der japanischen Konkurrenz aufs schwerste mißbraucht wird.

Die Erzeugung der Nihon-Brauerei an japanischem Union-Bier wird auf

jährlich 100 000 bis 110 000 Koku (1 Koku gleich 1,8 Hektoliter)

geschätzt. Das japanische Union-Bier, das als Dortmunder Union-Bier vertrieben wird, findet zur Zeit starken Absatz in Niederländisch-Indien und vor allem in den Vereinigten Staaten. Allein im April wurden weit über 10 000 Kisten „Japan-Union" nach Amerika verschifft. Auch der Dai-Brauereikonzern, der die sieben bedeutendsten Brauereifabriken Japans mit einer Leistungsfähigkeit von 880 000 Koku jährlich beherrscht sowie die Kirin-Brauerei [illegible] bestrebt, in scharfen Konkurrenzkampf gegen die deutschen Brauereien zu treten. Sie haben in der letzten Zeit große Exportlieferungen nach den Vereinigten Staaten erhalten. Das Fachblatt „Diamond" schätzt die Bierausfuhr allein der Dai-Brauerei im laufenden Jahre auf 300 000 Kisten. Da die Leistungsfähigkeit der japanischen Brauereien außerordentlich groß ist und zur Zeit nur teilweise ausgenutzt wird, so könnte die japanische Bier-Erzeugung leicht um das Vielfache gesteigert werden.

Das deutsche Theater

Staatskommissar Hinkel über die Zukunft der Bühne

Der Organisationsleiter des Kampfbundes für deutsche Kultur, **Staatskommissar Hans Hinkel**, M. d. R., hat der Berliner Nachtausgabe eine Unterredung gewährt, in der er sich insbesondere **über die Zukunft des deutschen Theaters** und der **Besucherorganisationen** äußert.

Staatskommissar Hinkel weist in dieser Unterredung darauf hin, daß es umfassender Maßnahmen und größter Anstrengungen bedürfen werde, um das deutsche Theater wieder existenzfähig zu machen. Man werde aber die Aufbauarbeit mit aller Kraft weiterführen und sich besonders der wertvollen Hilfe der anerkannten Kulturorganisationen bedienen. **Die Besucherorganisation „Deutsche Bühne"**, die vom Kampfbund für deutsche Kultur aus den bisherigen Besucherorganisationen geschaffen worden ist, wird dabei eine besondere Rolle spielen. Man wird es den Mitgliedern der „Deutschen Bühne" wie auch den übrigen Kulturorganisationen der nationalsozialistischen Bewegung zur Pflicht machen, den Theaterbesuch zu fördern. Selbstverständlich genügt die Organisierung der Besucher allein nicht, sondern es muß auch das Volk in stärkerem Maße wieder für das Theater interessiert werden.

Dazu wird eine große Werbe- und Erziehungsaktion eingeleitet werden. **Die Dichterakademie** wird sich ganz in den Dienst dieser Werbeaktion stellen und **mit Hilfe von Rundfunk, Presse und Vorträgen** das Volk mit den Werten bekannt machen, die das deutsche Theater bringt. So wird die lebendige Verbindung von Volk und Kunst wiederhergestellt werden. Dabei wird auch **das Reichspropagandaministerium** in starkem Maße beteiligt sein. Sowohl **Klassikern** als auch **jungen Autoren**, die es verdienen, wird **der Weg ins Volk wieder freigemacht** werden. Das bedeutet nicht, daß nun gute Werke ausländischer Dichter und Komponisten von den deutschen Bühnen verschwinden werden und Deutschland sich kulturell abriegelt, doch wird man sich **gegen Ueberfremdung** mit aller Macht wehren. An den behördlich kontrollierten und verwalteten Bühnen sollen **grundsätzlich arische Künstler** beschäftigt werden, jüdischen Künstlern ist die Betätigung nur nach Maßgabe der im Beamtengesetz festgelegten Bestimmungen gestattet. Das gilt auch für die städtischen Theater. Frei schaffende **ausländische Künstler** können selbstverständlich an deutschen Theatern **Gastrollen** geben, doch kommt es darauf an, wie sich der Heimatstaat des Künstlers deutschen Künstlern gegenüber einstellt.

Private Theater können beliebig jüdische Schauspieler beschäftigen, und es ist eine Frage des einzelnen national- und rassebewußten Menschen, ob er solche Theater besuchen will.

Staatskommissar Hinkel äußerte sich dann zu den **Theaterverhältnissen in Berlin.** Er erklärte dabei, daß verschiedene, nur noch dem Namen nach bestehende Theater zu verschwinden hätten. Sie könnten auch durch Schauspielerkollektive nicht mehr weitergeführt werden, denn Berlin habe eben zu viel Theater. Es **werden künftig voraussichtlich fünf staatliche und städtische Bühnen in Berlin** geben, die Staatsoper Unter den Linden, die Städtische Oper, das Staatliche Schauspielhaus, das Staatliche Schillertheater und die Städtische Volksbühne am Horst-Wessel-Platz, die den breiten Besuchermassen des Ostens dienen soll. Der Schauspieler Werner Krauß, der bezüglich der Gage den Zeitverhältnissen Rechnung tragen wolle, werde auf der Bühne des Staatstheaters wieder erscheinen.

Den arbeitslosen Künstlern werde man durch **Ausbau des Wandertheaterwesens** zu helfen versuchen, da eigene Bühnen in kleineren Städten sich nicht halten können. Man hoffe, auf diese Weise gutes Theater auch in entlegene Orte bringen zu können.

Staatskommissar Hinkel schloß: **„Die kunstfreundliche Einstellung der Regierung**, besonders des Reichskanzlers **Adolf Hitler**, der mit Leib und Seele an der Kunst hängt, gibt eine **Gewähr** dafür, daß **alles getan** wird, um **dem deutschen Theater neues Blut** zuzuführen.

Ein preußischer Theater-Ausschuß

Das preußische Staatsministerium und das preußische Kultusministerium haben gemeinsam einen **Preußischen Theaterausschuß** geschaffen, dessen Vorsitz der Organisationsleiter des Kampfbundes für deutsche Kultur, **Staatskommissar Hans Hinkel, innehat.** Der Theaterausschuß **hat über die 130 städtischen und staatlichen Bühnen in Preußen die Kontrolle** auszuüben. Die Verpflichtung von Intendanten, Kapellmeistern, Bühnenleitern, Solisten und sonstigen leitenden Persönlichkeiten im Theaterleben wird künftig in Preußen nur noch nach Begutachtung durch den Preußischen Theaterausschuß möglich sein und der Zustimmung des preußischen Ministerpräsidenten bezw. des preußischen Kultusministers bedürfen.

Die Vorgänge in Genf

Zurückweisung der Erklärungen der Internationalen Arbeitsfront

Auf die **Erklärung, die die deutsche Delegation** am 19. Juni 1933 dem Präsidenten **der 17. Tagung der internationalen Arbeitskonferenz** am gleichen Tage eine Mitteilung **Konferenz** am gleichen Tage eine Mitteilung verbreitet, die zu der deutschen Erklärung Stellung nimmt. Darin heißt es:

Der Präsident hat von der deutschen Delegation eine Erklärung erhalten, in der sie ankündigt, daß sie die Konferenz verläßt und die Gründe angibt, die sie veranlaßt haben, so zu handeln.

Das Büro der Konferenz hat, durch den Präsidenten zusammengerufen, folgendes festgestellt:

1. Bis zu diesem Tage ist niemals irgendeine Beschwerde von der deutschen Delegation an den Vorsitz der Konferenz gelangt hinsichtlich der „überaus schweren Beleidigungen", die in der Sitzung der Arbeitergruppe bei Beginn der Konferenz gefallen sein sollen. Dazu kommt, daß das Präsidium der Konfernz keine Beziehung mit den Gruppen hat, die in nicht offiziellen Sitzungen zusammentreten.

2. Am 15. Juni ist von der deutschen Delegation eine Beschwerde betr. die Mitteilungen „nichtoffizieller" Einberufungen der Arbeitergruppe, die in dem nicht amtlichen Teil des täglichen Mitteilungsblattes erscheinen, eingereicht worden. Um der Beschwerde Rechnung zu tragen, hat das Büro der Konferenz sofort entschieden, daß diese Mitteilungen in noch klarerer Weise abgefaßt werden müßten, um ihren „privaten" Charakter ersichtlich zu machen.

Die Entscheidung ist der deutschen Delegation sofort zur Kenntnis gebracht worden.

3. Kein Zwischenfall hat sich ereignet, keine Beleidigung ist jemals gegenüber der deutschen Delegation, noch gegenüber ihren Mitgliedern während der Sitzungen der Konferenz oder ihrer Ausschüsse gefallen. Die Zwischenfälle, auf welche die deutsche Delegation sich bezieht, haben sich, wenn sie stattgefunden haben, außerhalb der Arbeiten der Konferenz ereignet. Das Büro ist nicht mit ihnen befaßt gewesen.

Das Büro der Konferenz hat beschlossen, die Erklärung der deutschen Delegation zur Kenntnis des Vorschlagausschusses zu bringen, um ihr die Folge zu geben, die sie erfordert.

(Unterschriften)

*

Zu dieser Erklärung nimmt die deutsche Delegation wie folgt Stellung:

Zu 1. Dazu ist folgendes festzustellen: Die Sitzung der Arbeitergruppe, in der die in der erwähnten deutschen Erklärung „äußerst beleidigenden Worte" gefallen sind, war keine offiziöse, sondern eine amtliche Sitzung der Arbeitergruppe, in der sie die ihr durch die Geschäftsordnung der Konferenz vorgesehenen Aufgaben erledigte. Die Gruppen sind, wenn sie zur Durchführung der ihnen zustehenden amtlichen Aufgaben zusammentreten, Organe der Konferenz. Sie unterstehen dann dem Präsidium der Konferenz, das von sich aus auch ohne besonderen Antrag der deutschen Delegation verpflichtet gewesen wäre, sich über die amtlichen Sitzungen der Arbeitergruppe zu informieren und Inkorrektheiten oder gar beleidigende Aeußerungen gegen vollgültige Mitglieder der Arbeitergruppe zu verhindern oder aufs schärfste zu mißbilligen.

Zu 2. Hierzu ist zu sagen: Es ist richtig, daß die deutsche Delegation eine Beschwerde in dem genannten Sinne vorgebracht hat. Es entspricht ferner den Tatsachen, daß das Büro der Konferenz der deutschen Abordnung darauf eine Mitteilung hat zukommen lassen, in der es heißt, daß die Ankündigungen von nichtoffiziellen Zusammenkünften der Arbeitergruppe in Zukunft so vorgenommen werden sollen, daß schon aus der Ankündigung allein der private Charakter zu ersehen ist. Diese Regelung kann indessen nicht befriedigen. Das Büro der Konferenz hat der deutschen Delegation gegenüber festgestellt, daß durch die Erledigung der den Gruppen durch die Geschäftsordnung der Konferenz zugeteilten Aufgaben die amtlichen Punkte der Gruppen erledigt sind. Damit hat die Gruppe als solche zu existieren aufgehört. Es geht also nicht an, in den amtlichen Drucksachen der Konferenz private Ankündigungen zu veröffentlichen, wenn dadurch auch nur der leiseste Verdacht oder die geringste Möglichkeit einer Unterscheidung zwischen den Arbeitnehmervertretern oder einer politischen Gegnerschaft gegen vollgültige in der Konferenz anwesende Arbeitnehmervertreter zum Ausdruck kommen könnte.

Zu 3. daß die Zwischenfälle, die sich ereignet haben, oder die Beleidigung der deutschen Delegation oder ihrer Mitglieder in der Konferenz oder in der Kommission vorgekommen sind, oder sich außerhalb der Arbeiten der Konferenz ereignet haben, ist für die Beurteilung der Sachlage gleichgültig. Die internationale Arbeitskonferenz bildet eine Einheit mit allen hier vertretenen Nationen. Angriffe und Beleidigungen, die sich auf diese Delegationen beziehen, müssen, sofern sie ungerecht sind — und sie sind nach dem umfassenden Bericht des Herrn Dr. Ley und der deutschen Regierung restlos ungerechtfertigt — von der Gesamtheit der Konferenz, d. h. in diesem Falle von der amtlichen Leitung der Konferenz mißbilligt und zurückgewiesen werden. Dies ist nicht geschehen.

Diese offenbar nur für die breiten Massen berechnete Mitteilung des Büros der Konferenz muß auf jeden Kenner der einschlägigen Verhältnisse geradezu überraschend wirken. Sie ist bezüglich formell sachlich aufgezogen und geht in keiner Weise auf den Kern der Dinge ein.

gez. Dr. Engels, gez. Dr. Mansfeld,
gez. Dr. Ley, gez. Stöhr.

Die deutsche Arbeiterschaft dankt Dr. Ley

An den Führer der deutschen Arbeitsfront **Dr. Ley** sind, wie der Zeitungsdienst erfährt, aus allen Teilen des Reiches **Zustimmungserklärungen für sein mannhaftes Verhalten auf der Arbeitskonferenz in Genf** gerichtet worden.

Es telegraphierten u. a. der Deutsche Arbeiterverband des Bergbaues aus Bochum, die Gaubetriebszellenabteilung Karlsruhe, die Betriebszellen des Gaues Sachsen, der Bund Königin Luise, der Deutsche Steinarbeiterverband und der Landarbeiterverband.

Die Mandatsniederlegung der deutschen Vertreter

Der Führer der deutschen Delegation auf der Internationalen Arbeitskonferenz, Ministerialdirektor **Dr. Engel**, ist nach Berlin zurückgekehrt. Vor ihrer Abreise haben **die deutschen Delegierten** in einem Brief an den Präsidenten der Internationalen Arbeitskonferenz Senator de Michelis offiziell mitgeteilt, daß **die deutsche Vertretung ihre Mandate zur Konferenz niederlegt.**

Zuchthausstrafe für einen Landesverräter

Nach eintägiger, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Verhandlung verurteilte das **Reichsgericht** einen Arbeiter aus Spandau **wegen Verrats militärischer Geheimnisse** zum Schaden Deutschlands zu **vier Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrenrechtsverlust** sowie Stellung unter **Polizeiaufsicht.**

Zur Beweisaufnahme waren elf Zeugen, darunter mehrere höhere Reichswehroffiziere aus Berlin erschienen. Auch wohnte ein Generalstabsoffizier vom Reichswehrministerium als militärischer Sachverständiger der Verhandlung bei. Auf Antrag des Reichsanwalts wurde für die Urteilsbegründung wieder die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Danzigs neuer Senat

Die neuen Danziger Senatoren haben ihre Dienstgeschäfte übernommen. Senatspräsident Dr. Rauschning erledigte die offiziellen Staatsbesuche und sprach u. a. bei dem deutschen Generalkonsul Freiherrn von Thermann, dem Völkerbundskommissar Rosting sowie dem diplomatischen Vertreter Polens, Minister Papee, vor.

Der neue Senat hat dem Volkstag das Ermächtigungsgesetz unterbreitet. Die Vorlage enthält u. a. die Möglichkeit zur Aenderung der Wahlgesetze, Neuregelung der Beamtenverhältnisse und Angleichung an die deutschen Dienstbezüge, Bekämpfung der antireligiösen Propaganda, Aenderung des Sozialversicherungswesens und Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Das Ermächtigungsgesetz ist bis zum 30. Juni 1937 befristet.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm Schwedens

Die beiden Kammern des **schwedischen Reichstages** haben nach zweitägiger, teilweise sehr lebhafter Debatte der Vorlage über die sogenannte **Krisenhilfe** zugestimmt. **Die Gesamtausgaben im Haushalt,** die das neue Arbeitsbeschaffungsprogramm vorsieht, belaufen sich auf **180,1 Millionen Kronen. Die Gemeinden und Privatunternehmungen,** die mit Hilfe des Staates Arbeiten durchführen wollen, müssen **außerdem bedeutende Summen** für die Durchführung des Planes beisteuern. **Der Gesamtbetrag** zur Linderung der Arbeitslosigkeit beträgt somit **288 Millionen Kronen.** Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird **74 000 Arbeitslosen Beschäftigung während 10 Monaten** gegeben. Das Programm sieht Eisenbahnbauten, Wege- und Brückenbauten, Wohnungsbauten usw. vor.

Kleine polit. Nachrichten

Eisenbahner-Massenkundgebung in Berlin

Tausende von Reichsbahnbeamten veranstalteten vor dem Gebäude der Hauptverwaltung der Reichsbahn in der Voßstraße in Berlin eine Demonstration gegen Generaldirektor Dr. Dorpmüller. Der Anlaß der Kundgebung soll nach einer Contimeldung in dem unsozialen Verhalten der Reichsbahnhauptverwaltung und in der Beibehaltung von Juden in leitenden Stellungen liegen.

Gesetz über die Neuwahl von Schiedsmännern

Wie das VDZ.-Büro meldet, hat das preußische Staatsministerium durch Gesetz verfügt, daß die Amtszeit der Schiedsmänner und ihrer Stellvertreter, die vor dem 13. März 1933 gewählt sind, mit dem Tage des Inkrafttretens des neuen Gesetzes, also dem 15. Juni, endet. Die Neuwahlen haben unverzüglich stattzufinden. Die ausscheidenden Schiedsmänner bleiben bis zur Bestätigung der Neugewählten mit ihren Rechten und Pflichten in ihrem Amte.

Referentin für Frauenfragen im Reichsinnenministerium

Reichsminister Dr. Frick hat die Gauleiterin der NS.-Frauenschaft, Gau Düsseldorf, Frau **Paula Siber**, als Referentin für Frauenfragen in das Reichsministerium des Innern gerufen. Frau Siber hat insbesondere den Auftrag erhalten, die verschiedenen Frauenverbände zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenverbände zusammenzuschließen.

Französische Vorzugszölle für österreichisches Holz

Der französische Senatsausschuß für Zollfragen hat das französisch-österreichische Abkommen über die Gewährung von Vorzugszöllen auf österreichische Hölzer gebilligt.

Französischer Protest gegen die 40-Stunden-Woche

Der Vorstand des Verbandes der französischen Kaufleute und Industriellen, der 550 000 Anhänger zählt, hat an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die 40-Stundenwoche Einspruch erhebt und erklärt, daß die französische Industrie und der französische Export dabei zu kurz kämen.

Beschränkung der Vollmachten des irischen Senats

Der von der irischen Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, durch den die Vollmachten des Senats, eine von der Kammer angenommene und als dringlich bezeichnete gesetzliche Maßnahme verfassungsmäßig aufzuschieben, zeitlich von 18 auf 3 Monate beschränkt werden, wurde vom Landtag mit 63 gegen 39 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Siamesischer Staatsrat durch den Armeekommandanten aufgelöst

Aus Bangkok wird berichtet: Der Oberkommandant der Armee hat den Anfang April vom König ernannten Staatsrat, der seitdem die Regierungsgeschäfte führte, ohne Gewaltanwendung aufgelöst. Er erklärt, die Volksversammlung wieder einberufen zu wollen. An den König wurde ein Kabeltelegramm gesandt, in dem er der Loyalität der Armee, der Marine und des Volkes bei der Durchführung dieser Aktion versichert wird. Der Staatsrat war seinerzeit bestellt worden, um den Staat gegen den Einfluß radikaler Elemente zu sichern, die eine kommunistische Agrarpolitik durchführen wollten.

Kriminalfälle

Gefängnis wegen Beteiligung an Plünderungen

Die Zweite große Strafkammer des Landgerichts 2 in Berlin fällte das Urteil gegen 14 Kommunisten wegen Beteiligung an Plünderungsaktionen in Berlin-Tempelhof. Die Angeklagten Radicke, Hoffmann, Ellinghausen und Gärtig erhielten Gefängnisstrafen in Höhe von zwei Jahren bis zu zehn Monaten unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Zwei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von sechs und drei Monaten. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Schweizer Muttermörder in Berlin verhaftet

In einem Luxushotel am Anhalter Bahnhof in Berlin wurde ein junger Mann festgenommen, der durch sein sinnloses Benehmen Aufsehen erregt hatte. Er forderte den besten Sekt und spielte den großen Kavalier. In seiner Trunkenheit warf er seine goldene Taschenuhr auf die Erde und zerstampfte sie. Dann warf er mit Sektflaschen nach Spiegeln, zertrümmerte Gläser und gebärdete sich wie ein Wilder. Das fiel natürlich auf. Er erklärte, daß er genügend Geld bei sich habe, um alles, was er zerschlage, bezahlen zu können.

Von der Polizei wurde er als der 17jährige in der Schweiz geborene Paul Schumann festgestellt, der behauptete, auf Reisen zu sein. Da man seinen Angaben aber keinen Glauben schenkte, wurde die Bundespolizei in Bern sofort benachrichtigt. Die Rückantwort aus der Schweiz lautete: „Schumann ist festzunehmen, da er seine Mutter in Polken im Kanton Solothurn ermordet und beraubt hat."

Kommunisten brennen ein Erholungsheim nieder

Das frühere kommunistische Waldheim bei Eßlingen wurde, so meldet das Wolffbüro, Dienstag abend durch Kommunisten niedergebrannt. Demnächst sollten Stuttgarter Ferienkinder zur Erholung in das Heim gebracht werden. Die Polizei hat eine umfassende Aktion gegen Kommunisten unternommen, 70 Personen wurden festgenommen.

Unglückschronik

Folgenschwerer Blitzschlag

Während eines furchtbaren Gewitters am Dienstagabend schlug der Blitz in einen Transformator des Elektrizitätswerkes von Akers bei Oslo und zündete. Rund 150 Tonnen Oel gerieten in Brand. Eine Reihe von Vororten von Oslo sind stromlos. Die Großrundfunkstation in Akers wurde ebenfalls außer Betrieb gesetzt. Das Transformatorenwerk selbst ist völlig vernichtet worden. Während des Brandes hörte man fortwährend gewaltige Explosionen. Der Schaden dürfte ungefähr 1½ Millionen Kronen betragen

Zwei weitere Todesopfer des Flugzeugunglücks in Nancy

Aus Nancy wird berichtet: Zwei der bei dem Flugzeugunglück am letzten Sonntag verletzten Personen sind gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf fünf. Wie erinnerlich, war bei einer öffentlichen Flugveranstaltung ein Militärflugzeug gegen einen Schuppen gerannt, wobei der Benzintank explodierte.

Die Londoner Besprechungen

Ausschüsse und Anträge in reicher Fülle! — Aber das Ende?

Schicksalsfragen der Weltwirtschafts-konferenz

Aus Berlin wird über die Londoner Konfe-
renz unterm 21. Juni geschrieben:
Die Weltwirtschaftskonferenz ist bereits in das
Stadium getreten, das den Teilnehmern die
Frage vorlegt, wie überhaupt weiter gearbeitet
werden soll. Zwar hat sich die Konferenz in
einen

unübersichtlichen Komplex von Unter- und Nebenausschüssen

aufgespalten, deren Tätigkeit eine Zeitlang das
Recht intensiver Arbeit wird bieten können, da
die Erörterung, Vergleichung, Zusammenfassung
und Umarbeitung der von den einzelnen Dele-
gationen eingereichten Vorschläge nicht von heute
auf morgen erledigt werden kann. Eines Tages
wird aber der Augenblick gekommen sein, an dem
festgestellt werden muß, welcher Grad von Ueber-
einstimmung wenigstens für die wichtigsten Fra-
gen unter den Konferenzteilnehmern herrscht.
Dann fragt sich jetzt schon, wie diese Uebereinstim-
mung erzielt werden soll, wenn

so wichtige Delegationen, wie die amerikanische, unter sich und mit ihrer Regierung nicht einig zu sein scheinen.

Roosevelt hat bekanntlich gegen die von den
Londoner Vertretern der Zentralbanken vereinbarte vorläufige Stabilisierung Einspruch erhoben und auch der Vorschlag einer 10%igen Zollsenkung ist zurückgezogen worden. Der einzige Beitrag Amerikas zu den Konferenzarbeiten ist im Augenblick der Antrag des Senators Pittmann,

die Metalldeckung der Währungen

auf 25 Prozent, wovon ein Fünftel in Silber bestehen könnte, zu beschränken. In dem Unterausschuß, der sich mit diesem Antrag zu beschäftigen hatte, wurde ihm allerdings eine Tendenz gegeben, die sich gegen die amerikanischen Urheber richtet; es wurde nämlich mit beträchtlicher Uebereinstimmung der Auffassungen aus der Begründung des Antrages zunächst nur der Wunsch nach einer baldigen Stabilisierung der Währungen und nach Wiedereinführung des Goldes als Wertmesser zum Beschluß erhoben, während die Metalldeckungsfrage, die Amerika gerade nicht in diesem Sinne gelöst sehen möchte, einem Nebenausschuß überwiesen wurde. Derartige Prozedurerfolge sind natürlich für den Erfolg der Konferenz ziemlich bedeutungslos, denn gegen den Willen Amerikas kann gerade in der Währungsfrage nichts beschlossen werden, und auch

Gerüchte über einen europäischen Stabilisierungsplan

beinen weniger auf realen Möglichkeiten als auf der besonders in England und Frankreich herrschenden Verstimmung über die neue amerikanische Isolierungspolitik zu beruhen. Da die andere, noch ungelöste Hauptfrage, das Schuldenproblem, nicht auf oder während der jetzigen Konferenz behandelt werden soll, hat sich bereits schon die paradoxe Lage ergeben, daß man gerade in England zehn Tage nach dem Beginn der Konferenz mit einer gewissen Ungeduld auf das Ende wartet.

Englisch-amerikanische Vorbesprechungen über die Kriegsschulden

Zu den amerikanischerseits für Ende Juli in Aussicht genommenen **Kriegsschuldenverhandlungen** erfährt Reuter, daß beabsichtigt werde, zunächst **in London** mit der amerikanischen Delegation und **später in Washington** durch die Vermittlung des dortigen britischen Botschafters Vorbesprechungen zu führen. Falls die Weltwirtschaftskonferenz rechtzeitig zu Ende sei, werde dann Schatzkanzler Neville Chamberlain, voraussichtlicherweise in Begleitung des Staatssekretärs des Aeußern Simon, sich persönlich nach Washington begeben.

Gerüchte über einen großen europäischen Zollverein

In einer offenbar von interessierter Seite herrührenden Meldung in der „Morning Post" wird behauptet, daß die **Aussicht auf Schaffung eines großen Zollvereines von der Adria bis zum Balkan**, jetzt greifbare Gestalt annehme. Urheber des Planes seien die Staaten der Kleinen Entente. Dann sei Polen dazugekommen, Oesterreich und Ungarn hätten, wie verlaute, ihre Bereitschaft ausgedrückt, sich anzuschließen. Jetzt hätten sich gewisse Delegierte von Balkanstaaten wegen einer evtl. Beteiligung unverbindliche Vorschläge gemacht.

Ausschußdebatte über den Antrag Chamberlain

In der **Vormittagssitzung des Unterausschusses der Finanzkommission**, der sich mit unmittelbaren monetären Maßnahmen befaßt, zeigte sich noch deutlicher als gestern die **Scheidung der Ansichten über den Chamberlainschen Antrag** bezüglich **der Verfolgung einer billigen Geldpolitik** im Sinne einer **Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus**. Alle drei Redner des Vormittags, Frankmann-Schweiz, Beneduce-Italien und wohl am deutlichsten Bonnet-Frankreich, der Berichterstatter des Finanzkomitees, unterzogen die rein theoretischen Thesen des englischen Schatzkanzlers einer scharfen Kritik. Bonnet betonte eingangs, daß sich alle Redner über das Ziel, eine Erhöhung des Preisniveaus zu erreichen, einig seien, daß dagegen über den Weg verschiedene Auffassungen herrschten. Bonnets Ausführungen gipfelten darin, daß einer Erhöhung des Preisniveaus die politische Sicherung und die Sicherung der Währungen vorangehen müßten. Denn nur dann könnten mit zurückkehrendem Vertrauen die Hortungstendenzen aufhören. Seine Ausführungen suchten ferner die Chamberlainsche Auffassung zu widerlegen, daß eine Politik der Geldverbilligung allein zu einer Belebung der Wirtschaft führen würde. Als Illustration erinnerte er an die billigen Geldsätze, die nach 1928 und 1929 vorherrschend gewesen seien, die trotzdem keine wirkliche Erholung bewirkt hätten.

Deutschlands Standpunkt bei der Kredit- und Preispolitik

Den Standpunkt der deutschen Delegation in der Frage der **Kredit- und Preispolitik legte im Zweiten monetären Ausschuß Dr. Vocke** von der Reichsbank in längeren Ausführungen dar.

Der deutsche Vertreter bezweifelte, ob es ratsam sei, grundsätzlich das Währungssystem eines Landes zu ändern zum Zwecke einer künstlichen und zeitweisen Erholung des Preisniveaus, die an sich zu begrüßen wäre. Der Schwerpunkt des Preisproblems liege seiner Ansicht nach auf dem wirtschaftlichen Gebiet.

Wenn wir, erklärte Dr. Vocke, die Kaufkraft der Welt heben können, wird das Preisproblem sich selbst in natürlicher Weise regeln. Wir wollen

keine künstliche Kaufkraft mit dem Hintergrunde neuer Schuldenlasten und neuer Insolvenz, sondern wahre und solide Kaufkraft.

Vertrauen ist die Grundlage internationalen und nationalen Kredits, internationalen und nationalen Handels und Geschäftswesens. Niemals können wir Vertrauen durch künstliche Mittel herbeiführen, besonders nicht durch die Schaffung neuer Schulden. Die meisten Probleme der Wirtschaftskrise lassen sich zurückführen auf das Problem der Rentabilität von Einzelunternehmen. Bei Vergrößerung des Kredits dürfen wir nicht vergessen, daß es

unerläßlich ist, die Rentabilität der Einzelunternehmen wiederherzustellen.

Wir wünschen keine Deflation. Kredit soll jedem gesunden Geschäft, der Produktion, dem Handel und der Wirtschaft gegeben werden. Wir wünschen das Wirtschaftsleben zu ermöglichen und es auf der Grundlage einer gesunden Politik auf jedem Gebiete und besonders auf dem monetären Gebiet aufzubauen.

Allerlei Anträge

Im Büro der Wirtschaftskommission der Konferenz wurden bedeutsame **kubanische Anträge** niedergelegt, die auf den Abschluß eines internationalen Vertrages zur **Stabilisierung der Welterzeugung an Zucker** abzielen. Nach diesem Abkommen soll jeder Teil der Vertragschließenden sich verpflichten, während eines Zeitraums von zehn Jahren keine neuen Zuckerraffinerien zu bauen und den gegenwärtigen Zuckerertrag der bestehenden Raffinerien während der Vertragsdauer nicht zu erhöhen.

Den Hauptpunkt der Erörterungen der Wirtschaftskommission bildete Mittwoch vormittag ein **Antrag des norwegischen Delegierten Fearnley**, einen Vertrag auszuarbeiten, der eine vollständige oder teilweise **Abschaffung der Subventionen für die Handelsschiffahrt** zum Gegenstand hat, mit Ausnahme derjenigen, die notwendig sind, um den Personenverkehr und den Postdienst aufrechtzuerhalten. Der Ausschuß lehnte einen italienisch-deutschen Antrag, den norwegischen Vorschlag dem Unterausschuß für Handelspolitik zu überweisen, ab und beschloß, ihn **einem Sonderkomitee zur Bearbeitung** zu übergeben.

Der Vorsitzende der Wirtschaftskommission, **Colijn**, teilte mit, daß der **Antrag der Vertreter der Sowjetunion, einen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt** abzuschließen, im Büro eingegangen sei und zunächst den Unterausschuß für Handelspolitik überwiesen werden solle.

Dem Vernehmen nach haben die Vertreter der im Rahmen der Konferenz zu einer besonderen **Weizenkonferenz** zusammengeschlossenen Länder erklärt, sie müßten sich an ihre Regierungen wenden, bevor sie endgültige Vorschläge für eine Beschränkung der Weizenproduktion einbringen könnten.

Kommissarische Leitung des Evgl. Oberkirchenrats

Der rheinische Generalsuperintendent Dr. Stoltenhoff beauftragt

Mit Rücksicht auf die Umgestaltung der Kirchenleitung bei der kommenden Verfassungsrevision hat der Kirchensenat der Altpreußischen Kirche beschlossen, die Stelle des Präsidenten des Evang. Oberkirchenrates bis auf weiteres nicht zu besetzen. Die Präsidentenstelle soll bis auf weiteres kommissarisch durch den rheinischen Generalsuperintendenten Dr. Stoltenhoff verwaltet werden.

Reichsminister Dr. Goebbels vor der hessischen Presse

Reichsminister Dr. Goebbels hielt beim Empfang der Pressevertreter Hessens in Frankfurt (Main) eine Rede, in der er u. a. erklärte:

Was wir früher erlebt haben, das war eine Kritik, die in erster Linie darauf abgestimmt war, eine Regierung zum Sturz zu bringen und an ihre Stelle eine Oppositionspartei zu setzen. Dieses Recht zur Kritik streiten wir unseren Gegnern ab.

Das deutsche Volk ist innerlich nicht zum Parlamentarismus geeignet,

und deshalb ist es auch kein Zufall gewesen, daß der Parlamentarismus in Deutschland so weit entartet war, daß er gar nicht mehr die Fähigkeit zu regieren in sich hatte.

Der Reichsminister gab alsdann einen Ueberblick über die geleistete Arbeit der letzten Monate und erklärte, daß historisch gesehen mehr geleistet worden sei als in den vergangenen 14 Jahren. Das Ergebnis könne man am prägnantesten als

germanische Demokratie

bezeichnen, eine Demokratie, in der das Volk nicht selbst Politik macht, sondern den Vollzug seiner Politik Männern seines Vertrauens überläßt. Der nationalsozialistische Staat ist

eine Führungshierarchie.

Dr. Goebbels erklärte

zu der Aktion gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln,

daß es notwendig sein werde, von Zeit zu Zeit die Tore der nationalsozialistischen Bewegung zu sperren gegen den Ansturm der Menschen, die in die Organisation hineinströmen. Es sei aber unbedingt

notwendig, die Tore offen zu halten für die Jugend.

Die Revolution sei noch im Gange, und sie werde sich durchsetzen, bis sie das Ziel erreicht hat. Aufgabe der Presse sei es, der Zeit den Weg zu ebnen und nicht zu versperren.

Letzte Nachrichten

Die Maßnahmen am 21. Juni

Hugenberg beim Reichskanzler

Ein Empfang **Dr. Hugenbergs beim Reichskanzler** steht im Zusammenhang mit den Londoner Verhandlungen und den **Maßnahmen im ganzen Reich**. Hierbei sind, so berichtet das Contibüro, diese Maßnahmen erörtert worden, deren Notwendigkeit der Reichskanzler im einzelnen begründete.

Vernehmung des Reichskampfringführers von Bismarck

Der Reichskampfringführer der Deutschnationalen Front, von Bismarck, der noch bis vor fünf Wochen Staatssekretär im preußischen Innenministerium war, ist zu einer Vernehmung in das Staatspolizeiamt geladen und von SA. dorthin geleitet worden. Er wurde dann einer eingehenden Vernehmung unterzogen, die noch nicht abgeschlossen ist. In der Vernehmung äußerte er immer wieder, daß er keine Ahnung gehabt habe, wie die Zustände tatsächlich in den Kampfstaffeln gewesen seien.

Kein Todesopfer bei der Auflösung des Kampfringes in Frankfurt (Oder)

Zu der Nachricht aus Frankfurt (Oder), daß es bei der Auflösung des Deutschnationalen Kampfringes zu Tätlichkeiten gekommen sei, in deren Verlauf **der Kommunist Korsing erschossen** wurde, wird dem Wolffbüro berichtigend mitgeteilt, daß dieser Vorfall nichts mit der Aktion gegen den Kampfring zu tun hat. Vielmehr handelt es sich um einen **Zwischenfall**, der sich bereits **am Montag nach einer Versammlung der Deutschnationalen Front** im Zivilkasino ereignet hatte. Zwischen Korsing und Mitgliedern einer nationalen Organisation war es zu Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf der tödliche Schuß abgegeben worden war.

Große Beachtung des Verbots in England

Das Verbot der Kampfringe der Deutschnationalen Front und der ihr angeschlossenen Formationen findet in der Londoner Abendpresse große Beachtung. Die Blätter bringen Berichte über die Aktion an hervorragender Stelle.

Tennisländerkampf Deutschland gegen England

Englands Damen gewannen 7:5

Der dritte Länderkampf zwischen den Damenmannschaften von England und Deutschland brachte den Engländerinnen einen knappen Sieg von 7:5 Punkten. Nach der katastrophalen 10:0-Niederlage unserer Damen im vorigen Jahre ist das Ergebnis über Erwarten gut ausgefallen. Allerdings kamen im **abschließenden Doppel** Frl. Horn-von Ende-Pflügner kampflos zum Siege, da sich **Frl. Heeley** in ihrem Spiel gegen Hilde Krahwinkel eine Muskelzerrung am linken Bein zugezogen hatte und mit Frl. Round nicht mehr antreten konnte. Im letzten Einzelspiel, in dem Betty Nuthall nach fast zweistündigem Kampf Marieluise Horn 8:6, 5:7, 6:2 bezwang, hatte die Engländerinnen mit 6:4 die Führung an sich gerissen. Ausgeglichen war auch das **Doppel zwischen Cilly Außem-Hilde Krahwinkel und Nuthall-James**. Die größeren Kraftreserven der Engländerinnen gaben zum Schluß den Ausschlag. Mit 6:4, 4:6, 6:3 holten sie den 7. Punkt.

Doch Groß-Fußballspiel in Frankfurt

Jetzt noch National B gegen Stadtmannschaft Frankfurt

Um den Fußballinteressenten einen wirklichen vollwertigen Ersatz für das von den Oesterreichern abgesagte Länderspiel zu geben, hat sich der Deutsche Fußballbund entschlossen, vor dem bereits feststehenden Kampf der Nationalmannschaft gegen die Zusammensetzung Schalke-Fortuna Düsseldorf noch ein zweites Spiel auszutragen, zu dem eine zweite Nationalelf gegen die Frankfurter Städtemannschaft antritt.

Diese große nationale Veranstaltung ist dem ursprünglich vorgesehenen Länderspiel zumindest ebenbürtig. Deutschlands beste Fußballspieler versammeln sich im Frankfurter Stadion zu 2 großen Kämpfen. Auf der einen Seite gibt es die große Kraftprobe zwischen Süd und West, zum anderen hat man die Möglichkeit, den besten deutschen Nachwuchs im Kampfe zu sehen. Die Mannschaften werden sich in folgender Aufstellung gegenüber treten:

National-B-Mannschaft: Buchloh (Speldorf); Lorenzer (Phönix Karlsruhe), Munkert (1. F.C. Nürnberg); Streck (Wacker München), Münzenberg (Aachen), Schäfer (München 60); Fischer (Pforzheim, Helmchen (Chemnitz), Hohmann (Benrath), Rohwedder (Eimsbüttel), Fath (Worms).

Frankfurter Stadtelf: Schmidt (Eintracht); Stubb (Eintracht), Nadler (FSV); Leis (Eintracht), Mühler (FSV), Tiefel (Eintracht); Sattler, Knapp (beide FSV), Möbs (Eintracht), Heldmann, Haderer (beide FSV).

Zehn Tote bei Bauernunruhen in Galizien

Aus Mittelgalizien werden schwere Bauernunruhen gemeldet. In dieser Gegend soll schon seit längerer Zeit eine starke Tätigkeit von Kommunisten zu bemerken gewesen sein. Die aufgehetzte Bevölkerung holzte die Privatforsten ab und plünderte die Geschäfte. Bei Mockowa und Medyka kam es zu Schießereien, weil die Bevölkerung die festgenommenen Führer befreien wollte. Insgesamt sind 9 Bauern getötet worden, mehrere erhielten Verletzungen, 6 Polizisten sind durch Steinwürfe und Schüsse verletzt worden, einer ist gestorben.

Chinesen betreiben kommunistische Propaganda in Niederländisch-Indien

Aus **Surabaja** wird gemeldet: Die Polizei hat hier und in anderen Orten, u. a. in der Stadt Malang, **19 chinesische Lehrer und Lehrerinnen verhaftet**, die unter dem Verdacht stehen, bereits seit Monaten **kommunistische Propaganda in Niederländisch-Indien** zu betreiben. Namentlich sollen sie eine kommunistische Flugschrift in chinesischer Sprache, die die Form einer Monatszeitschrift hat und den Namen „Die rote Flut" trägt, von Java aus durch den ganzen indonesischen Archipel verbreitet haben. Bei Haussuchungen wurde umfangreiches Material beschlagnahmt.

Wirbelsturm über Rouen

Rouen wurde Dienstag nachmittag von einem Wirbelsturm von nur wenigen Minuten Dauer heimgesucht, der großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt und viele Personen durch Dachziegel und Holzsplitter verletzt

Drei Kinder von einer Granate zerrissen

In einem Wäldchen bei Kowno fanden, wie das „Memeler Dampfboot" meldet, drei Kinder eines Landwirts, ein Mädchen und zwei Knaben im Alter von 7—12 Jahren, beim Tannenzapfensammeln eine anscheinend aus der Kriegszeit stammende Granate, an der sie ahnungslos herumhantierten. Plötzlich explodierte das Geschoß. Die drei Geschwister wurden in Stücke gerissen.

Eisenbahnkatastrophe in Bulgarien. — Fünf Tote

Zwischen Radomir und Dupnitza ist ein Zug der Straßenarbeiter beförderte, in einem Tunnel mit einer Kipplore zusammengestoßen. Der Zug entgleiste. Fünf Arbeiter wurden getötet, 15 schwer verwundet.

Eintritt frei!

Freitag, 23. Juni, Gasthof z. Krone (Gruß), nachm. 4 u. abends 8 Uhr:

großes Schauplätten

mit praktischen Vorführungen.

Einstärken, Glänzen u. Formen der Kragen u. feinen Wäsche auf **Neu!**

Kein Spannen der gestrickten Decken mehr!

Kragen und Decken mitbringen.

Referent.: Frau Oberlehr. M. Knäpper langjähr. Leiterin von Kursen und Vorträgen in Hausfrauen-Vereinen.

Eintritt frei!

Das neue Deutschland

tritt in bewußter Weise für die kulturellen Güter unseres Volkes und für das Schöne und Echte in deutscher Literatur und Kunst ein.

Das neue Deutschland liest deshalb Westermanns Monatshefte, die schon immer die gleichen Ziele hatten. Diese Zeitschrift darf in keiner deutschen Familie fehlen.

Ältere Jahrgänge werden zu Vorzugspreisen abgegeben. – Verlangen Sie Sonderangebot!

Bestellschein An die Buchhandlung

.....

Ich bestelle hiermit Westermanns Monatshefte zur Fortsetzung.

.....

(Name u. Beruf)

.....

(Ort u. Datum)

Für Aufgabe der Anschriften von Familien, die Westermanns Monatshefte noch nicht lesen, ist der Verlag Georg Westermann, Braunschweig, sehr dankbar. – Auf Wunsch sendet er gegen Vergütung der Portogebühr von 30 Pfg. an ihm aufgegebene Anschriften kostenlos ein Probeheft mit etwa hundert Seiten Text, einer großen Anzahl ein- und mehrfarbiger Abbildungen und sechs Kunstbeilagen.

Werber überall gesucht!

Giesenbauers Kaffee

den Kaffee für den Kenner, erhalten Sie in der

Drogerie neben der Deutschen Bank.

Ruf 962.

Nosprasit „O" Solbar



Kinderheim „Sonnenschein" Bad Salzuflen

Eigenes Haus im großen Garten mit Liegehalle und Spielwiese nahe der Gradierung, von 3,50 RM. an.

Prospekte.

Julie & Hedwig Müller

Alle Drucksachen

für Handel und Gewerbe

Werbedrucke
Zeitschriften
Broschüren
Formulare
Prospekte
Plakate usw.

Buchdruckerei und Verlag

Soester Kreisblatt

Warum schont Kaffee Hag Ihr Herz, Ihre Nerven, Ihre Nieren?

Warum kann Kaffee Hag Ihren Schlaf niemals stören?

Warum ist Kaffee Hag vollkommen unschädlich, auch für Kinder und Kranke?

Die klare, eindeutige Antwort der Wissenschaft lautet:

Weil dem Kaffee Hag das Coffein tatsächlich entzogen wird.

Nur das geruchlose Coffein und das unverdauliche Kaffeewachs werden entfernt

Nichts wird hinzugefügt. Geschmack und Aroma bleiben voll erhalten. Darum ist Kaffee Hag so gesund und so gut!

Artillerie-Verein

Der Ausflug fällt mit Rücksicht auf den Reichsjugendtag am Sonntag, den 25. ds. Mts. aus.

DER VORSTAND.

Sportvereinigung Welver

Fußballabteilung.

Am Sonnabend, den 24. ds. Mts. findet um 8 Uhr abends im Lokal Griesenbrock eine

Abteilungsversammlung

statt, wozu hiermit eingeladen wird. Nachdem der Vorstand zurückgetreten ist, soll die Abteilung üb. die weitere Entwicklung, Gleichschaltung usw. entscheiden. Allen aufbauwillig. Sportlern wird daher das Erscheinen zur Pflicht gemacht.

Mit sportlichem Gruß

Fußabteilung, der Vorstand.

Kinderl. Ehepaar sucht abgeschlossene

3-4 Zimmer-Wohnung

per 1. 10. 33.

Angebote unter Nr. 3179 an die Expedition ds. Bl. erbeten.

Zu den **Schützenfesten** empfehlen wir bei größeren Abnahmen unsere ff. Delikatess

Brühwürstchen

zu **Fabrikpreisen**

Sämtliche Sorten

Aufschnitt

Käse, Schinken Wurst Oelsardinen usw.

sowie **Pfirsiche Erdbeeren** u. **Ananas** i. D. erhalten Sie **besonders billig** mit **5 Proz. Rückvergütung** bei

HEIN

Soest Sassendorf

Jg. Mädchen

für alle Hausarbeiten sucht zu sofort

Kolpinghaus.

Möbelkäufer!

Wegen Geldverlegenheit direkt ab Lager fabrikneue **Küche** komplett (Büfett, Anrichte, Tisch, 2 Stühle) **Schlafzimmer** i. Eichen-Birken-, Nußbaum-, Mahagoni-Farbton zus. für

450.— Mk.

direkt an Private bei freier Lieferung gegen Barzahlung zu verkauf. Auch einzeln abzugeben.

Offert. unt. Nr. 3178 an die Gesch. dies. Zeitung.

Für die **Einmachzeit** empfehlen wir Kristall

Stampfzucker, grob
Stampfzucker, fein
ganz grobe
Kristall-Raffinade
Platten-Raffinade
Pfd. **44** Pfg.
in Paketen **42** Pfg.

Weinessig
Essigsprit
Salizyl
Pergamentpapier
Rolle a. 2 Bogen nur **10** Pfg.
Rolle a. 1 Bogen nur **5** Pfg.

Opekta, flüssig
kl. Flasche **86** Pfg.
gr. „ **1,53**.-
Trocken
Opekta
kl. Pak. **23** Pfg.
gr. Pak. **45** Pfg.

Einmachhülfe, Korken Einmachgewürze wie Senfsaat, gz. Ingwer, gz. Nelken, gz. Kanehl abgepackt und lose zu **niedrigsten Preisen**

5% Rückvergütung
(außer Stampfzucker)

HEIN

Soest
Sassendorf

Kleine Anzeigen großer Erfolg!

Subin.

Subin ist ein gutes **Mittel** für **Schweine**, gegen **Lahmheit, Steifheit, Knochenweiche** u. zur **Anregung** der **Freßlust.** Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Schützen-Verein «Brandenburgertor»

feiert sein diesjähriges

Schützenfest

in althergebrachter Weise am Sonntag, dem 25. und Montag, dem 26. Juni auf der Wiese des Landwirts A. Geise.

Es laden freundlichst ein:

Der Vorstand. **Der Festwirt.**

Das Vogelschießen beginnt Montag ab 1 Uhr. — Das Schußfeld liegt in Richtung Lendringsen u. wird durch rote Fahnen gekennzeichnet.

Der Schützenverein Hattropholsen-Dörmen

feiert sein diesjähriges

Schützenfest

in gewohnter Weise am Samstag, dem 24. und Sonntag, dem 25. Juni auf dem Hofe des Herrn Landwirt Franz Rinke **am Dörmen.**

Eintritt frei! Eintritt frei!

Für gute Speisen u. Getränke sorgt bestens der Festwirt: **H. Witthöft**

Zu regem Besuch ladet ein:

Der Vorstand.

N. B.: Für Aufbewahrung von Garderobe, Fahrrädern usw. ist gesorgt.

Preisschießen an beiden Festtagen.

Am Samstag, dem 24. 6. 33, von 11½ bis 13½ Uhr wird nach dem Vogel geschossen. Das Schußfeld ist durch rote Fahnen abgesteckt.

Fruchthof Soest Ruf 934

Heute Abschieds-Spargel

pr. 1. Sorte Pfd. nur 35
pr. 2. Sorte Pfd. nur 25
pr. 3. Sorte Pfd. nur 15

besonders zu empfehlen zum Einmachen

Fr. rheinische **Mäuse-Kartoffeln** bei uns nur 10 Pfd. 78

goldgelbe Bananen, fr. Erdbeeren
fr. Kirschen, fr. Pfirsiche
fr. Tomaten usw.

A. F. Sohl, Marktstraße 12.

Der Deutsche Sender

Die Funkzeitschrift des Dritten Reiches

mit vollständigem Europaprogramm, unabhängiger, bewußt nationaler Rundfunk-Kritik, Roman, Rätsel- und Bastelecke

Monatlicher Bezugspreis nur noch 85 Pf. zuzüglich 6 Pf. Zustellgebühr

Einzelheft . **23** Pf.

Zu beziehen durch die Post und jede Buch- und Zeitschriftenhandlung. Probehefte kostenlos vom Verlag **Der Deutsche Sender, Berlin SW 68, Wilhelmstr. 23**